Einzelpreis 10 Pfennige

Halle, Montag, den 26. Mai

Jahrg. 1924 • Nr. 122

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der Ill. Unterhaltungsbl. „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandte Manuskripte ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Rücksprechstellung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Geschäftsstelle: Hansa 20/4, Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat Mai 2,— Gold mark. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Hansa 20/44. Fernruf 4605. Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Marx bleibt.

Die halbdemaskierten Deutschnationalen. • Die Stellung der Sozialdemokratie. Rüstet zu neuem, erfolgreicherem Kampf!

Neuer Reichstag und alte Regierung.

Berlin, 26. Mai.

Obwohl Prophezeien immer ein gefährliches Handwerk bleibt, so läßt sich mit einiger Bestimmtheit doch schon folgendes voraussagen: Die Verhandlungen über den Bürgerblock werden scheitern, und am Tage nach Himmelfahrt wird sich die alte Regierung Marx, so wie sie ist und mit geringen Aenderungen, dem neuen Reichstag präsentieren.

Inzwischen ist viel kostbare Zeit vertan worden. Ihr Ertrag besteht darin, daß die Demaskierung der Deutschnationalen gelungen, ihre Opposition gegen das Sachverständigengutachten erschüttert ist. Sollten diese Roßtäuscher nach dem Scheitern der Verhandlungen, die sie mit unübertrefflicher Plumpheit geführt haben, mit großen Redensarten gegen die „Erfüllungspolitik" und das „zweite Versailles" kommen, so wird man ihnen unter dem Hohngelächter Deutschlands antworten können, daß ihre Führer bereit gewesen wären, dies alles zu schlucken, wenn man ihnen ihre nationale Grundsatztreue nur mit einer entsprechenden Zahl von Ministerportefeuilles abgekauft hätte.

Auf der anderen Seite aber haben die Mittelparteien sich selbst durch ihr Geschacher mit den Deutschnationalen kompromittiert und die Sache Deutschlands geschädigt. Keiner draußen in der Welt, der in den Kniffen und Schlichen der deutschen Parlamentstätigen nicht Bescheid weiß, konnte begreifen, daß die zur Regierung berufenen Parteien mit den Deutschnationalen überhaupt um die Regierungsbildung verhandeln konnten — und das in einer Zeit, in der in Frankreich ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist und der kommende Nachfolger Poincarés, Herriot, die Herstellung mit Deutschland als sein Programm verkündet.

Dazu kommt, daß die Regierung Marx — nach gescheiterten Verhandlungen über die Bildung einer anderen Regierung — so dastehen wird, als ob man sie nur aus Verlegenheit stehengelassen hätte. Das kann ihrem innerpolitischen und ihrem außenpolitischen Kredit nicht eben förderlich sein.

Die Regierung Marx wird sehr große Aufgaben zu erfüllen haben. Ihr muß es zunächst gelingen, durch verdoppelte Entschlossenheit den üblen Eindruck der Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu verwischen, das Sachverständigengutachten zur Durchführung zu bringen und zu den auf Verständigung gerichteten Bestrebungen der neuen französischen Regierung eine Haltung einzunehmen, die Deutschland wenigstens nicht vor den Augen der Welt offenbar ins Unrecht setzt.

Den Schutz der Republik wird sie sich um so mehr angelegen sein lassen müssen, als das Anschwellen der antirepublikanischen Bestrebungen immer stärker in Erscheinung tritt. Die Republik kann aber nur geschützt werden mit Hilfe der Arbeiter, die sie geschaffen haben, und diese notwendige Hilfe muß jede Regierung verlieren, die in zoll-, steuer- und sozialpolitischen Fragen eine arbeiterfeindliche Politik treibt. Die außenpolitisch unglückliche Regierung Fehrenbach hatte daher schon ihren guten Grund, seinerzeit gleich bei ihrem Amtsantritt zu erklären, daß sie nicht gegen die Arbeiter regieren wolle. Diese Erklärung zu wiederholen und ihre Aufrichtigkeit durch Taten zu beweisen, wird die Regierung Marx nicht weniger Grund haben.

Die Sozialdemokratische Partei war es, die durch ihre entschlossene Erklärung für die Annahme des Sachverständigengutachtens die Führung in der auswärtigen Politik übernommen hatte. Wie richtig ihre Stellungnahme war, hat seitdem jeder Tag mehr gezeigt. Selbst wenn man den sachlich unbegründeten Mamben hegt, durch ein langes Hin und Her von außenpolitischen Verhandlungen könnten die Lasten des Sachverständigengutachtens gemindert werden, so muß man doch zu der Erkenntnis kommen, daß Deutschland die Kraft zu solchen langwierigen diplomatischen Kämpfen heute nicht mehr besitzt. Wenn die Sachverständigen mit einem ganz recht haben, so haben sie es damit, daß die Rentenmark nur eine sehr vorübergehende Lösung der deutschen Währungsfrage darstellt. Wird nicht rasch die definitive Lösung durch die neue Notenbank eingeleitet, der Kreditnot nicht abgeholfen, so gehen wir unvorstellbaren wirtschaftlichen Zuständen und ebenso unvorstellbaren politischen Folgen entgegen.

Die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens muß erfolgen, und je rascher sie erfolgt, desto besser! Wer sie hinausschiebt, wer ihr Hindernisse bereitet, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke. Wird das reichende Ufer einer internationalen Verständigung über die Reparationen noch rechtzeitig erreicht, dann ist eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten, und dann wird auch die deutsche Arbeiterbewegung einen neuen gesunden Aufstieg nehmen können. Später, nach Jahren, mögen sich neue Schwierigkeiten ergeben, die in neuen Verhandlungen zu beseitigen sein werden. Jetzt ist durch Verhandlungen nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren!

Es ist unschwer vorauszusehen, daß auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diesen Gesichtspunkt als den leitenden anerkennen wird. Sie wird bereit sein, einer raschen, reibungslosen Durchführung der Sachverständigenvorschläge jede Hilfe zu leisten, weil sie weiß, daß durch die außenpolitische Beruhigung erst die Grundlage für alle weiteren Arbeiterforderungen geschaffen wird. Sie wird darüber hinaus ein wachsames Auge darauf haben müssen, jeden Angriff auf die bis zur Unerträglichkeit herabgedrückten Lebensverhältnisse der breiten Massen zu verhindern.

Schwere Kämpfe stehen bevor. Die Leidenschaften werden sich über jedes bisher gewohnte Maß hinaus erhitzen, und so wird fraglich, ob und wielange dieser Reichstag arbeitsfähig bleiben wird. Es ist ihm zu wünschen, daß er so lange am Leben bleibt, bis die Massen des arbeitenden Volkes besser als am 4. Mai d. J. die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratischen Partei erkennen. Dieser Prozeß kann sich aber sehr rasch vollziehen, er ist jetzt schon im Gange. Darum soll keiner glauben, er sei durch die Wahlen vom 4. Mai in die Rolle des Zuschauers zurückgeworfen.

Jeder Tag braucht neue Kämpfer!

Hilflose Greise.

Am Sonnabend tagte im Reichstag der aus ungefähr 60 Mitgliedern bestehende erweiterte Vorstand der Deutschnationalen. Nach mehrstündiger Debatte über das politische Referat des Abgeordneten Hergt wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteivorstand und die Vorstände der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei erklären sich einstimmig mit den von der Parteileitung und der Reichstagsfraktion aufgestellten politischen Zielen einverstanden und sprechen der Parteileitung ihr Vertrauen aus."

Der erweiterte Vorstand befindet sich also in dem gleichen Zustand der geistigen Umnachtung, wie die deutschnationale Parteileitung. Er redet von „politischen Zielen" der deutschnationalen Parteilektung und Fraktion, obwohl die mehrtägigen interfraktionellen Verhandlungen bisher ergeben haben, daß die Deutschnationalen selbst nicht wissen, was sie wollen, und ziellos sind. Man braucht sich deshalb auch nicht zu wundern, wenn die Herrschaften sich mit den „aufgestellten politischen Zielen" einverstanden erklären, ohne aber der Oeffentlichkeit zu verraten, welches ihre Ziele sind. Immerhin haben sie dadurch erneut das Geständnis abgelegt, daß die ganze Deutschnationale Partei nichts anderes ist als ein Häuflein verwirrter Möchtegerner.

Vereinigtes Kasperletheater.

Die deutschvölkische Reichstagsfraktion trat am Sonnabend zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wählte v. Graefe als Vorsitzenden und die Abgeordneten Feder usw. Graf v. Reventlow zu stellvertretenden Vorsitzenden. Herr Wulle mußte sich mit dem Amt eines Beisitzers zufrieden geben, während Henning Geschäftsführer der Fraktion wurde. Selbstverständlich gehört auch Ludendorff dem Vorstand, wenn auch ohne Amt, an. Das erste Werk der Deutschvölkischen ist folgende Entschließung:

„Es ist der Wille der völkischen Führer General Ludendorff, Hitler und v. Graefe, daß alle ihre Anhänger im ganzen Reiche künftig nur noch eine einzige gemeinsame politische Organisation bilden sollen und jegliche politischen Sonderorganisationen zu unterbleiben haben. Nähere Anweisungen werden folgen. Die von der Nationalistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschvölkischen Freiheitspartei und anderen befreundeten völkischen Vereinigungen gewählten Reichstagsabgeordneten haben demgemäß auch eine vollkommen einheitliche Fraktion unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei" zu bilden und alle ihre Wähler aufzufordern, entsprechend der Anweisung der Führerschaft im Sinne der Schaffung der erstrebten einheitlichen Organisation zu arbeiten."

Na also, warum denn erst all die „Liebenswürdigkeiten", die man sich in der Wahlkampagne an den Kopf geworfen hat? Das Ensemble paßt doch sehr gut zusammen. Nun kann es losgehen im Reichstag mit Kindertrompeten und Trillerpfeifen. Ludendorff als „Generalfeldmarschall" wird die Sache schon machen.

Hände weg!

London, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Wie „Daily Expreß" erfährt, hat sich die Londoner Sowjetvertretung an das englische Auswärtige Amt mit dem Ersuchen gerichtet, die Ausgrabung Karl Marx', der bekanntlich im Jahre 1883 auf einem Londoner Friedhofe begraben wurde, und seine Ueberführung nach Moskau zu gestatten, wo seine Bestattung an der Seite Lenins erfolgen soll.

Auf diese unglaubliche Frechheit der Moskauer Sowjetgewalten kann es nur eine Antwort geben: Hände weg von den Ueberresten des Altmeisters des Sozialismus. Karl Marx würde sich bestimmt in seinem Sarge umdrehen, wenn ausgerechnet diejenigen, die seinen Namen und seine Lehre ständig mißbraucht haben, seine sterblichen Ueberreste in die Hände bekommen würden. Im übrigen liegt Marx in London sicherer. Wer garantiert dafür, daß nicht der Zarismus in Rußland wiederkehrt und Marx' Leiche schändet?

Loucheur bildet eine neue Kammergruppe. Unter Führung des Handelsministers Loucheur ist gestern eine neue Kammergruppe aus der republikanischen Linken heraus gebildet worden, die bereits während der Legislaturperiode 1914/1919 bestanden hat. Bis jetzt haben sich drei Angehörige angeschlossen.

Koalitionswehen.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Der unerwartete Sieg der Linken vom 11. Mai hat die Sozialistische Partei vor heikle und folgenschwere Entscheidungen gestellt. Sie hat den Wahlkampf gemeinsam mit den Parteien der bürgerlichen Linken geführt und gewonnen. Ihre Kandidaten sind auf den gleichen Listen gewählt worden mit denen der Radikalsozialen usw. der Republikanischen Sozialisten und mit diesen beiden Parteien zusammen verfügt sie in der neuen Kammer über eine Mehrheit, die ausreichend und fest genug gefügt ist, den im Kartell der Linken vereinigten Parteien durch gemeinsame Uebernahme der Regierung alle Früchte des errungenen Sieges zu sichern. In der Partei selbst aber gehen die Meinungen auseinander über die Notwendigkeit und die Opportunität einer aktiven Teilnahme an der neuen Regierung. Ein außerordentlicher Kongreß, der für den 1. Juni, dem Tag des Zusammentritts der neuen Kammer und der bereits offiziell angekündigten Demission des Ministeriums Poincaré, einberufen ist, wird darüber zu entscheiden haben. Die Frage selbst hat den bereits Anfang Februar in Marseille abgehaltenen Parteitag beschäftigt, auf dem der Abschluß des Wahlbündnisses mit den bürgerlichen Parteien seine Sanktion erfahren hatte. Damals wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Wenn die Partei sich auch durch die besonderen Umstände und die Notwendigkeit, den Nationalen Block niederzuringen, zu außergewöhnlichen Maßnahmen (das Kartell mit den bürgerlichen Parteien) veranlaßt sieht, so hält sie doch nicht minder an den fundamentalen Prinzipien fest, die von jeher ihre politische Aktion bestimmen. Insbesondere in der Frage der ministeriellen Zusammenarbeit und der parlamentarischen Koalition mit anderen Parteien wird ihre Haltung nach wie vor ausschließlich diktiert von den Grundsätzen, die die verschiedenen nationalen und internationalen Kongresse beschlossen haben und die für die Partei oberste Regel und Gesetz sind. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen übrigens zur Genüge, daß die Unterstützung der Sozialistischen Partei deshalb jeder Politik fortschrittlicher Reformen und aufrichtiger Demokratie anderer Parteien nicht minder sicher ist."

Léon Blum, der diese Resolution eingebracht hatte, begründete und ergänzte sie dahin, daß nach seiner Meinung keiner der außerordentlichen Umstände gegeben sei, von der die Resolution von Amsterdam die ausnahmsweise Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen abhängig mache, eine Koalition sowohl die Radikalen wie die Sozialisten vor gleich große Schwierigkeiten stelle und endlich die Sozialisten eine wirklich demokratische Politik eines bürgerlichen Ministeriums weit wirksamer unterstützen könnten, wenn sie selbst draußen blieben. Diese Argumente waren damals, wo es galt, die nicht unbeträchtlichen Widerstände gegen das Wahlbündnis mit den Demokraten zu überwinden, und wo man im günstigsten Fall gehofft hatte, den Nationalen Block so zu schwächen, daß das Schwergewicht der französischen Politik von rechts nach der Mitte verschoben wurde, sicherlich unanfechtbar. Sind sie es heute noch, nachdem der Ausfall der Wahlen der Linken eine unbestrittene Mehrheit gebracht und so eine völlig neue Situation geschaffen hat, die damals niemand vorauszusehen konnte, und die vor allem Léon Blum selbst nicht vorausgesehen hat? Von einem großen Teil der Partei und vor allem auch ihrer Führer wird das aufs entschiedenste bestritten. Paul Bouncour, Varenne und Montet sind es vor allem, die die Auffassung vertreten, daß die Partei eine Verantwortung von ungeheurer Schwere auf sich laden würde, wenn sie dem unzweideutig zum Ausdruck gekommenen Willen der Wählerschaft entgegen die politische Macht, die sie durch den Sieg erhalten hat, ungenutzt lassen wollte und sich so die Gelegenheit entgehen lassen würde, aktiv an der Regelung der großen internationalen Probleme und der Wiederherstellung eines wirklichen und dauerhaften Friedens mitzuwirken. Tatsächlich handelt es sich um mehr als nur um Fragen der Doktrin oder der Taktik. Die Konsequenz einer Weigerung der Sozialisten, in das neue Ministerium einzutreten, wäre die, daß die Radikalsozialen und Republikanischen Sozialisten Anschluß nach rechts an die gemäßigten Republikaner der Mitte suchen müßten. Die Gegner der aktiven Teilnahme an der Regierung bestreiten teilweise diese Notwendigkeit. Gewiß, in der Theorie wäre auch in Frankreich eine Minderheitsregierung der beiden bürgerlichen Parteien des Kartells unter der Voraussetzung der parlamentarischen Unterstützung durch die Sozialisten durchaus denkbar. Bei der viel beweglicheren Taktik aber, die den parlamentarischen Manövern und Intrigen einen breiten Spielraum läßt, würde der Bestand einer solchen Minderheitsregierung aller Voraussicht nach nur von sehr kurzer Dauer sein. Der Uebergang der politischen Macht vom Kartell der Linken auf den Block der Mitte, den kein seiner Verantwortung bewußter Sozialist ernsthaft wollen kann, wäre dann eben nur um einige Wochen hinausgeschoben. Die Linke aber hätte damit alle Chancen, die ihr der glückliche Ausfall der Wahlen eröffnet hat, unwiderbringlich aus der Hand gegeben. Denn dieser Block der Mitte, in dem die gemäßigte Reaktion das Jüngstein an der Wage bilden und Männer wie Loucheur, Reibel, Colrat und andere Parteigänger Poincarés die Brücke zu der Politik des Nationalen Blocks schlagen würden, bedeutet alles andere als eine Politik der Demokratie und der internationalen Verständigung.

Von den Gegnern des „Ministerialismus" werden insbesondere zwei Argumente ins Treffen geführt: die Amsterdamer Resolution und die Befürchtung, daß der Eintritt in die Re-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240526 1-19/fragment/page=0001

gierung zu einer neuen Spaltung in der Partei führen und vor allem der kommunistischen Agitation eine wirkliche Waffe in die Hand geben könnte. Das erste dieser Argumente bekämpft Paul Bouncour mit dem Einwand, daß die Amsterdamer Resolution kein starres und unverrückbares Dogma sei, das sich für sich allein und losgelöst vom praktischen Leben Geltung beanspruchen könne. Ohne sich mit ihr in Widerspruch zu setzen, habe die deutsche Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien zusammengearbeitet, mit denen in Frankreich selbst die Radikalen ein Zusammengehen ablehnen würden, habe die Sozialistische Partei in Belgien ihre Teilnahme an der Regierung fortgesetzt weit über die Zwecke der nationalen Verteidigung hinaus, habe die Arbeiterpartei in England die Regierung übernommen unter Umständen, die jeden Versuch, eine spezifisch sozialistische oder gar eine Klassenkampfpolitik zu machen, ausschlössen. Warum sollten also die französischen Sozialisten allein durch einen Beschluß gebunden sein, der lediglich den Eintritt einer politisch einflußlosen sozialistischen Minderheit in ein in seiner Mehrheit bürgerliches Kabinett verbiete? Darum handle es sich aber gar nicht. Nicht die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung, sondern die Teilung der politischen Macht zwischen den beiden Parteien, die gemeinsam den Wahlkampf gewonnen hätten, zwischen Sozialisten und Demokraten, stehe zur Diskussion.

Die Entscheidung, die der Kongreß der Sozialistischen Partei in der nächsten Woche zu treffen haben wird, ist also nicht ganz einfach. Man wird ihr mit Zuversicht entgegensehen dürfen in der Ueberzeugung, daß sie im Vollbewußtsein der Verantwortung getroffen wird, die von der französischen Partei damit nicht nur den eigenen Genossen, sondern auch der Internationale gegenüber übernommen wird.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Erst Ende nächster Woche.

Paris, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Obwohl die Kammer bereits am 1. Juni zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt, sind die großen politischen Entscheidungen nicht vor dem 4. oder 5. Juni zu erwarten. Die ersten beiden Sitzungen der Kammer sind rein formaler Natur. Sie gelten ausschließlich der Prüfung der Wahlergebnisse und der Legitimierung der neuen Abgeordneten. Erst am 3. Juni findet als erste politische Aktion die Wahl des Bureaus der Kammer statt. Die Wahl Painlevés zum Präsidenten dürfte trotz der wahrscheinlichen Gegenkandidatur des bisherigen Präsidenten Peret als gesichert gelten. In diesem Falle würde der Posten des ersten Vizepräsidenten den Sozialisten zufallen, die dafür aller Voraussicht nach den Abgeordneten Varenne präsentieren werden. Erst dann wird Millerand die offizielle Neubildung der Regierung vornehmen können, in deren Verlauf nach parlamentarischem Brauch der Präsident der Kammer bzw. des Senats das entscheidende Wort zu sprechen hat. In der Presse der Linken wird angenommen, daß außer den Sozialisten auch der Parteitag der Radikalsozialisten den Rücktritt Millerands fordern wird. In diesem Fall würden sowohl Painlevé als auch der Präsident des Senats, Doumergue, den Auftrag erhalten, Herrn Millerand zum Ausdruck zu bringen, daß die neue Mehrheit ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit ihm für unmöglich hält, was praktisch bedeuten würde, daß keiner der führenden Politiker der neuen Mehrheit von ihm den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts entgegennehmen würde. Herrn Millerand dürfte in diesem Fall allerdings kaum eine andere Wahl bleiben, als das Elysee zu verlassen.

Kongreß französischer Sozialisten

Fort mit Millerand.

Paris, 26. Mai. (WTB.)

Die Vereinigung der Sozialisten im Seine-Departement ist gestern vormittag zu einem außerordentlichen Kongreß zusammengetreten, um Stellung zu der durch die Wahlen geschaffenen Lage zu nehmen. Vor Eintritt in die Diskussion der Frage der Beteiligung an der Regierung wurde eine Resolution verlesen, in der erklärt wird, die Partei müsse ihren Beistand jeder Regierung verweigern, die von dem jetzigen Präsidenten Millerand eingesetzt werde.

Heraus aus der Geheimdiplomatie!

Ein berechtigter Wunsch Mac Donalds.

Paris, 26. Mai. (WTB.)

Wie der „Intransigeant" aus London erfährt, wird Mac Donald Poincaré einen neuen Brief zukommen lassen, in dem der Wunsch ausgesprochen werde, die zwischen den beiden Ministerpräsidenten in der letzten Zeit gepflogene Korrespondenz zu veröffentlichen.

Das Reichstagswahlergebnis in Prozenten.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen läßt sich nicht allein in den Mandatsziffern ausdrücken. Wichtig ist, die Gruppierung der Parteien in den einzelnen Wahlkreisen und das Verhältnis der für die Parteien abgegebenen Stimmen zur Zahl der Gesamtstimmen zu betrachten. Nach den amtlichen Feststellungen des Reichswahlleiters haben erhalten:

Parteibezeichnung	Gültige Stimmen	in Prozent	Abgeordnete gewählt: in den Wahlkreisen	durch Verrechnung der Reichslisten	zusammen
MSPD.	6 014 380	21	80	20	100
Dt. Zentrumspartei	3 890 022	14	52	13	65
Dt. Volkspartei	2 642 843	9	30	14	44
Deutschnatl. Volkspartei	5 735 609	20	80	16	96
Dt.-demokr. Partei	1 657 451	6	9	19	28
Bayr. Volkspartei	941 982	3	14	2	16
Liste der Kommunisten	3 712 001	13	42	20	62
Bayrischer Bauernbund	683 003	1	3	7	10
Dt. Hannov. Partei	318 451	1	4	1	5
USP	240 172	—	—	—	—
Bund der Geusen	58 880	—	—	—	—
Chr.-soz. Volksgemeinsch.	124 800	1	—	—	—
Dt. Arbeitnehmerpartei	36 130	—	—	—	—
Dt.-soziale Partei	388 356	1	—	4	4
Freiwirtsch.-Bund FFF.	36 122	—	—	—	—
Hausbesitzerbund	23 828	—	—	—	—
Landliste	568 288	7	2	2	9
National. Freiheitspartei	59 788	—	1	—	—
Nat. Minderh. Deutschl.	133 628	—	1	—	—
Partei der Mieter	46 975	—	—	—	—
Republ. Partei Deutschl.	45 775	—	—	—	—
Sozialistischer Bund	25 607	—	—	—	—
Dt. Völk. Freiheitsp. u. nat.-soz. dt. Arb.-Parti.	1 917 578	7	18	19	32
Bayr. Mittelst.-Bd.-Südg.	5 681	—	—	—	—
Völkischer Block	9 439	—	—	—	—
Parteil. Wirtschaftsgr.	1 847	—	—	—	—
	29 297 726	—	334	137	471

Für unsere Parteigenossen ist besonders von Interesse, wie sich die eigene Partei in den einzelnen Kreisen gehalten hat, vor allem im Vergleich zu den Parteien, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind, aber jetzt unter verschiedenen Namen den Kampf gegen die Mutterpartei führen. Kläglich abgefallen sind die Reste der ehemaligen Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich wieder in zwei Richtungen gespalten haben (USPD.: Liebknecht und Sozialistischer Bund: Ledebour). Diese beiden Splitter der Arbeiterbewegung erzielten zusammen nur 265 779 Stimmen, also noch nicht ein Prozent der Gesamtstimmen. Wären diese Stimmen, die im ganzen Reich zerflatterten, für die einige Sozialdemokratie abgegeben worden, so hätten sie zumindest vier Mandate mehr zur Vertretung der Arbeiterinteressen beigetragen. So aber sind sie nutzlos verfan. Eine Tatsache, die hoffentlich vielen von ihnen die Augen öffnen und zeigen wird, daß das Sektenleben im Zeitalter der Großbetriebe unsinnig ist. Welche Folgerungen sie daraus ziehen werden, mag die Zukunft lehren.

Im einzelnen gestaltet sich das Verhältnis der drei sozialistischen bzw. kommunistischen Gruppen in den Wahlkreisen folgendermaßen:

Wahlkreis Namen	Abgegebene Stimmen: überhaupt	MSP. VD	%	USP. Soz.B.	%	KPD.	%
Ostpreußen	1 017 955	156 124	15,0	6 125	0,6	118 168	11,5
Berlin	1 094 460	238 666	21,8	41 866	3,8	225 082	20,5
Potsdam II	876 053	157 746	18,0	19 438	2,2	114 973	13,1
Potsdam I	880 221	182 277	20,7	19 818	2,3	131 456	15,0
Frankfurt a. O.	817 541	164 136	20,1	6 443	0,8	55 958	6,9
Pommern	865 161	169 579	18,9	—	—	77 664	8,4
Breslau	944 472	234 375	23,6	—	—	56 504	6,3
Liegnitz	608 660	167 158	27,4	—	—	36 560	6,0
Oppeln	567 949	26 306	4,7	—	—	130 306	23,0
Magdeburg	874 216	279 674	31,8	3 603	0,4	88 160	10,8
Merseburg	715 805	110 972	15,3	12 109	1,6	183 881	25,6
Thüringen	1 110 180	249 035	22,4	12 136	1,9	173 483	15,6
Schleswig-Holstein	715 618	197 021	26,1	7 958	1,1	76 985	10,8
Weser-Ems	660 006	137 478	20,8	2 602	0,6	51 293	7,7
Ost-Hannover	504 703	107 486	21,3	—	—	39 864	7,9
S.-Han.-Braunsch.	1 010 850	304 481	30,0	10 025	1,8	83 011	8,7
Westfalen-Nord	1 062 124	189 495	18,0	8 347	0,8	102 532	9,8
Westfalen-Süd	1 277 845	205 430	16,0	21 077	1,7	279 296	21,8
Hessen-Nassau	1 199 954	302 886	25,2	11 555	0,1	111 491	10,0
Köln-Aachen	904 034	91 789	10,1	6 238	0,7	128 155	16,0
Koblenz-Trier	542 418	47 655	9,0	—	—	38 358	6,0
Düsseldorf-Ost	968 975	110 031	12,4	—	—	241 254	24,8
Düsseldorf-West	751 891	73 185	9,8	6,281	0,8	142 226	19,0
Oberbaus.-Schwab.	966 952	127 973	13,2	5 535	0,6	83 496	8,6
Niederbayern	451 205	41 669	9,2	1 909	0,4	31 786	7,0
Franken	1 109 217	258 175	23,3	6 016	0,5	67 851	6,1
Pfalz	367 791	85 756	23,3	1 182	0,3	49 749	13,5
Dresden-Bautzen	968 466	384 615	36,6	7 241	0,7	80 925	8,4
Leipzig	700 526	211 884	30,2	11 676	1,6	109 646	15,6
Chemnitz-Zwickau	922 541	251 335	27,2	4 963	0,5	182 532	20,0
Württemberg	1 226 247	192 161	16,7	—	—	138 968	11,3
Baden	941 768	142 801	15,1	6 158	0,6	95 564	10,1
Hessen-Darmstadt	614 791	181 364	29,5	4 096	0,5	57 079	9,2
Hamburg	626 284	173 587	27,7	3 206	0,5	114 865	18,0
Mecklenburg	446 562	120 125	26,8	2 059	0,5	48 560	10,9

Die Stellung der Vereinigten Sozialdemokratie in den einzelnen Wahlkreisen ist nach dieser Zusammenstellung außerordentlich verschieden. Am besten hat sie sich in Dresden-Bautzen mit 36,6 Proz. aller Stimmen gehalten. Dann folgt Magdeburg-Anhalt mit 31,8, Leipzig mit 30,2, Südhannover-Braunschweig mit 30 Prozent. Die Berliner Kreise bleiben mit 21 bzw. 18 bzw. 20,7 Prozent weit hinter den genannten und einer großen Reihe anderer Kreise zurück.

Die Kommunisten stehen in den meisten Wahlkreisen weit hinter den Sozialdemokraten zurück. Nur in sechs von insgesamt 35 Kreisen haben sie unsere Partei an Stimmen überflügelt. Aber sowohl in Oppeln wie im besetzten Gebiet sind ihnen außergewöhnliche Verhältnisse zustatten gekommen, die die Erwartung rechtfertigen, daß ihre Hochflut auch dort wieder vorebben wird.

In den Fußstapfen Wilhelms II.

Rom, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabend erfolgte hier unter dem Aufgebot des üblichen Pomps die formelle Eröffnung der neuen Legislaturperiode der italienischen Kammer. Der König hielt die Thronrede, deren Text sicherem Vernehmen nach aus der Feder des Ministerpräsidenten Mussolini und seines Unterstaatssekretärs Acerzo stammt. Die Rede hat in allen politischen Kreisen Italiens wegen ihres ausgesprochen nationalistischen Tones berechtigtes Aufsehen erregt. In Abgeordnetenkreisen heißt es, daß Italien in seiner ganzen Geschichte eine derartige nationalistische Rede aus dem Munde seines Monarchen noch nicht vernommen hat. Der König verherrlichte in seiner Thronrede Armee und Flotte und insbesondere die Miliz der fascistischen Schwarzhemden, die nunmehr, wie der König ankündigte, ins reguläre Heer mitaufgenommen und auf den König vereidigt werden soll. Trotzdem bekam es diese Thronrede fertig, von der unermüdlichen Friedensarbeit der italienischen Regierung und ihrem Wunsche zu sprechen, die guten und friedlichen Beziehungen zu allen Nachbarstaaten dauernd aufrechtzuerhalten. Die Thronrede wies in diesem Zusammenhange auf die Verträge mit Rußland, Jugoslawien und der Tschechoslowakei hin und erinnerte weiter daran, daß die italienische Regierung sich nunmehr aktiv an der endgültigen Lösung des die ganze Weltwirtschaft verwirrenden Reparationsproblems beteiligen werde.

Eine dringende Warnung.

Man schreibt uns: Der Deutsche Republikanische Reichsbund hat an den Reichspräsidenten, die Reichsregierung, die Regierungen der deutschen Länder und deren Landtage sowie an die Hauptvorstände und Reichstagsfraktionen der republikanischen Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam gemacht wird, die der deutschen Republik und damit der Einheit des Deutschen Reichs durch die sich vaterländisch nennende, in Wirklichkeit aber vaterlandsfeindliche Bewegung drohen, die die Verbreitung auf dem Umweg über „Deutsche Tage" usw. nunmehr auch Nordbeutschland zu dem gleichen politischen Seuchenherd zu machen, wie vor Jahren Bayern.

Das Schreiben spricht die Erwartung aus, daß Reichs- und Staatsregierungen alles tun werden, um die Gefahren dieser Bewegung, die notwendigerweise zum Bürgerkrieg führen muß, notfalls unter Einsatz der gesamten staatlichen Machtmittel zu begegnen, und schließt mit den Worten: „Wir halten es für unsere Pflicht, offen auszusprechen, daß die deutschen Republikaner entschlossen sind, das Deutsche Reich und damit die deutsche Republik mit Gut und Blut zu verteidigen."

Hoffentlich wird diese Warnung nicht überhört.

Die Vereinigten Staaten und der Internatimale Schiedsgerichtshof. In der Außenkommission des amerikanischen Senats erstattete Senator Pepper Bericht über den Plan des Eintritts der Vereinigten Staaten in einen internationalen Schiedsgerichtshof. Die Senatskommission sprach sich für die Annahme dieses Planes aus.

Liederabend von Raatz-Brockmann.

Am Flügel: Lena Wolde.

Als 5. Sonderkonzert veranstaltete die Philharmonie am vergangenen Sonnabend in der „Loge zu den drei Degen" einen Liederabend, der von dem Baßbariton Julius von Raatz-Brockmann bestritten wurde. Der Sänger erwies sich zuerst als ein ausgezeichneter Vertreter des Belkanto. Drei Lieder von Caccini, Caldara und Carissimi, in italienischer Sprache gesungen, boten den Genuß feinster Interpretion und vollendeter technischer Wiedergabe. Den zweiten Teil des Programms bildete Schumanns „Dichterliebe". Für diese sehr zarte Poesie ist das Organ Raatz-Brockmanns im Brustregister zu massiv. Der Sänger half sich mit seinem wohlgebildeten Kopfton und tat ein übriges durch peinlichste Ausprägung des Wortsinnes. Die Wiedergabe der Lieder war nicht nur eine schöne musikalische, sondern auch eine überraschende geistig-künstlerische Leistung. In seinem Element war Raatz-Brockmann, als er den „Archibald Douglas" Loewes sang. Die Dramatik der Ballade fand stärksten Ausdruck. Der Klangcharakter des Organs konnte sich nach der Tiefe zu ausgiebig entfalten und überraschte durch Fülle und Resonanz. Das zahlreich anwesende Publikum spendete dem Sänger starken Beifall und erzwang damit zwei Zugaben: „Ich hörr' ein Bächlein rauschen" (Schubert) und „Wachtzeitslied" (Loewe).

×

Philharmonisches Konzert.

Im Thaliasaal fand am Sonntag die Generalprobe zum zehnten (letzten) Philharmonischen Konzert dieses Jahres statt. Das 80 Künstler starke Orchester stand unter der Leitung Göhlers, der auch den ersten Programmpunkt mit seiner Komposition „Heldenklage" ausfüllte. Das Werk ist in edler Linie geschrieben und verrät bie wohlgefundene Distanz zu den Vorwurf. Den zweiten Teil des Programms bestritt Raatz-Brockmann, der unter Begleitung des sehr diskret und geistvoll geführten Orchesters die „Fünf Kinder-Totenlieder" von Mahler mit den an ihm bereits geschilderten charakteristischen Zügen sang: ausgiebiger Gebrauch des Kopftons in den lyrischen Stellen, plastisches Ausarbeiten des Wortsinns. Den Sänger wie dem Orchester wurde reicher Beifall zuteil. Den Hauptteil des Programms bildete Mahlers 5. Symphonie. Das grandiose Werk, das an den Dirigenten und seine Künstlerschar außerordentliche Anforderungen stellt, wurde in allen fünf Sätzen mit Souveränität gemeistert. Der Dirigent wird den Freundeskreis des Wiener Symphonikers kaum wesentlich erweitert, aber doch mit dazu beigetragen haben, daß der Sinn für die imponierende musikalische Architektur dieses grandiosen Talents erweitert wird. Der Beifall der Kundigen am Schlusse war stark.

×

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr: „Wallensteins Tod". Dienstag und Sonnabend: „Göttisch Gold", hierauf „Der Herr Kapellmeister". Mittwoch: „Der Vetter aus Dingsda". Donnerstag: „Der Halling". Oper von Anton Eberhardt. Das Werk bedeutet für Halle eine Erstaufführung. Freitag: „Wallensteins Tod". Sonntag findet eine Wiederholung von Schrekers „Schatzgräber", welchen der Komponist selbst dirigieren wird.

Volksbühne. Zu dem Franz-Schreker-Abend am Sonnabend, dem 31. Mai, 8 Uhr abends in der Aula der Universität, der vom „Hilfswerk für Musikwissenschaft" veranstaltet wird, sind Karten für Mitglieder zu 1,50 und 0,75 Mk. in der Geschäftsstelle zu haben. Franz Schreker spricht über „Meine Jugend- und Entwicklungsjahre" und liest seine Operndichtung „Der rote Tod". Frau Marie Schreker singt Lieder des Komponisten.

Ueber Gesicht und Charakter in ihrem körperlichen und seelischen Zusammenhang hält morgen der bekannte Gelehrte Karl Kolbaum im Logensaale zu den 3 Degen einen Lichtbildervortrag. Karten bei Hofban.

Die Nationalität der Nobelpreisträger. Der soeben erfolgten Veröffentlichung des amtlichen zusammenfassenden Berichts über die Verteilung der Nobelpreise in den Jahren 1921 und 1922 der Nobelstiftung ist folgendes zu entnehmen: Von den 5 Preisen für Chemie und Physik sind 2 an Deutsche gefallen (W. Nernst und Albert Einstein), 2 an Engländer und 1 an einen Dänen. Die beiden literarischen Preise dieser Jahre wurden einem Franzosen (Anatole France) und einem Spanier (Benavente) zugesprochen. Der Friedenspreis 1921 wurde geteilt zwischen dem schwedischen Ministerpräsidenten Branting und dem Generalsekretär der „Interparlamentarischen Union" Christian Louis Lange (Schweden), den Friedenspreis 1922 erhielt der Norweger Fridtjof Nansen. Von den 18 naturwissenschaftlichen Preisen, die seit Beginn des Weltkriegs verteilt wurden, sind 8 Deutschen, 5 Engländern, 2 Dänen und je einem Amerikaner, einem Belgier und einem Französisch-Schweizer zugeteilt worden. Von den 8 literarischen Preisen fielen 2 an Franzosen, 2 an Dänen und je einer an einen Deutsch-Schweizer (Spitteler), Spanier, Schweden und Norweger.

Ruth Fischer.

In der „Schaubühne" veröffentlicht Johannes Fischart im Verfolg seiner politischen Charakterköpfe ein nicht uninteressantes Bild von Ruth Fischer. Wir geben daraus die nachstehenden Striche wieder. Fischart plaudert:

Ein Jahr ist's her, da griff Ruth Fischer zum erstenmal aktiv vorwärtsstürmend in die zögernde und unklare Taktik der Kommunistischen Partei ein. Zusammen mit dem Russen Maßlow propagierte sie den kommunistischen Rukkampf und forderte in dem Durcheinander, das durch die französische Okkupation eingetreten war, die Arbeiter auf, von den Bergwerken und Industrie-Anlagen Besitz zu ergreifen, um gleichzeitig dem französischen und dem deutschen Kapitalismus durch ein „fait accompli" zuvorzukommen. Aber sie drang mit ihrer Ansicht nicht durch, und die Parteileitung, die sich an die Oberinstanz in Moskau gewendet hatte, bekam recht. Ruth Fischer gab indessen das Rennen nicht auf. Seitdem war sie die Führerin der radikalen Minderheit und agitierte und wühlte gegen die Mehrheit der Partei in der festen Ueberzeugung, daß ihrer über kurz oder lang doch der Erfolg sein werde. Der Staatsanwalt interessierte sich für sie. Die Polizei war ihr auf den Hacken. Allegal war ihre Existenz vor der großen bürgerlichen und vor der kleineren kommunistischen Oeffentlichkeit. Tat nichts.

Wer ist Ruth Fischer? Eine Wiener Jüdin. Eine Frau, die vor zehn Jahren schon als Studentin in das Fahrwasser des rabbalkalen Sozialismus geriet und als überschäumendes Temperament immer da zu finden war, wo es am heißesten zuging. Fritzi Eisler war die Tochter eines Gelehrten, heiratete den Sozialisten Dr. Friedlaender, ließ sich scheiden, heiratete noch einmal und wurde auf diese Weise die Reichsdeutsche Ruth Fischer. Gleich als die Kommunistische Partei in Oesterreich aus der Föderation revolutionärer Sozialisten hervorgegangen war, stand sie an der Spitze dieser Bewegung, die fortan die Arbeiterbataillone gegen die bürgerlich-sozialistische Republik mobil machen sollte. In Budapest wurde die ungarische Räterepublik ausgerufen, und Sendlinge Bela Khums erschienen in Wien, um ihre Gesinnungsgenossen zu gleichem Vorgehen zu veranlassen. Es kam zu einem Putsch. Die Polizei griff ein. Es gab fünfzehn Tote, und Ruth Fischer, damals noch Fritzi Friedlaender, wurde festgenommen. Aber man ließ die sistierten Führer bald wieder frei, um die Massen zu besänftigen. Ruth Fischer verließ Oesterreich, weil es ihr nicht ausichtsvoll erschien und wandte sich nach Berlin. Hier geriet sie gerade in die heftigen häuslichen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei, als der mittel-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0002

Der Prozeß Thormann-Grandel.

Am heutigen Montag kommt vor dem Landgericht I in Berlin der völkische Mordanschlag gegen General von Seeckt, den Chef der Heeresleitung und seinerzeitige Inhaber der vollziehenden Gewalt, zur Verhandlung. Angeklagt sind der Kaufmann Alexander Thormann, ehemals Mitglied des „Wiking-Bundes" und der Brigade Ehrhardt in München, sowie der Augsburger Fabrikbesitzer Dr. Grandel, der früher Mitglied der Nationalsozialistischen Partei war, zur Zeit der Tat aber in enger Verbindung mit den Führern der verschiedenen vaterländischen Verbände stand. Justizrat Claaß. Die beiden Angeklagten werden beschuldigt, miteinander und mit anderen ein Verbrechen des Mordes verabredet zu haben. Die Gründe für die Ermordung sieht die Anklage in der Stellung des Opfers im öffentlichen Leben.

Der politische Plan Thormanns, den er Anfang Januar dem Sekretär der Deutschvölkischen Freiheitspartei, von Tettenborn, im Reichstag entwickelte, ging dahin, eine nationale Diktatur unter einem „General York", dessen Name allerdings verschwiegen wurde, zu errichten. Die Voraussetzung dazu sollte die Beseitigung von Seeckts sein, weil dieser die Vaterländischen Verbände zerstört und den Ruhrwiderstand verhindert habe. v. Tettenborn und mit ihm ein Student Heinz Koepke gingen zum Schein auf den Plan ein. K. sollte Seeckt auf seinem Morgenritt vom Gaule schießen. Kurz vor der Tat fand sich auch Grandel, der den Mordplan befürwortete, in Berlin ein. Beide versicherten ihrem geplanten Meuchelmörder, daß eine große Organisation hinter der Tat stehe. Diese rechtsradikalen Mordbrüder waren so fest gesichert, daß sie sogar Koepke anrieten, sich nach der Tat selbst zu stellen; **er könne unbesorgt sein, nach kurzer Zeit würde er schon Gelegenheit haben, zu entfliehen.** Zur Versorgung seiner Mutter sagte ihm Grandel die Summe von 50 000 Mk. zu. Am 15. Januar sollte der Mord ausgeführt werden. Die beiden Angeklagten trafen sich vorher mit Koepke und redeten ihm noch einmal kräftig zu. Grandel begleitete ihn bis zum Reichswehrministerium und verabschiedete sich von ihm mit den Worten: „Großes in der Geschichte geschieht nur durch die Taten einzelner Menschen." Inzwischen war der ganze Mordplan dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit hinterbracht worden, und Thormann wurde verhaftet, als er sich verabredungsgemäß mit Tettenborn in einem Café traf. Grandel war sofort nach Augsburg abgereist, wo nach zwei Tagen seine Verhaftung erfolgte. Bei seinem ersten Geständnis, das er allerdings widerrief, beschuldigte er den Justizrat Claaß als Urheber des Planes. Aufgabe der Verhandlung wird sein, vor allem auch in diese Zusammenhänge zu leuchten und festzustellen, ob und inwieweit die Vaterländische Verbände an einer Beseitigung Seeckts gearbeitet haben.

Völkische Unstimmigkeiten.

München, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Ueber die „Großdeutsche Zeitung", die so urplötzlich ihr Erscheinen eingestellt hat, weiß die „Münchener Post" u. a. zu berichten:

„Das Blatt hatte um die Zeit der bayerischen Landtagswahlen eine tägliche Auflage von 50 000 bezahlten Exemplaren. Eine solche Auflageziffer pflegt in der Regel nicht das Ende einer Zeitung anzukündigen. Gleichwohl befand sich damals schon die „Großdeutsche Zeitung" in großen Existenzschwierigkeiten, und trotzdem ist die Auflageziffer, wie bei allen völkischen Blättern, erheblich zurückgegangen, jedoch nicht in dem Maße, daß bei entsprechendem Willen der obersten Parteileitung das Blatt nicht zu halten gewesen wäre. Aber an diesem Willen fehlte es. Die „Großdeutsche Zeitung" hatte sich unter allen völkischen Presseerzeugnissen äußerlich durch eine besonders hündische Umwedelung Hitlers hervorgetan. Die Gründung des Blattes als Ersatz für den verbotenen „Völkischen Beobachter" war aber gegen den ausgesprochenen Willen Hitlers erfolgt unter nominieller Führung Dr. Dingfelders, der als Arzt ein ganz ausgezeichneter Mensch ist. Dr. D. ist Protestant, seine Hintermänner repräsentieren die illustren Namen der „Los-von-Rom"-Bewegung. Dieser Bewegung sollte die „Großdeutsche Zeitung" dienen und zugleich das spezielle Organ Ludendorffs sein. Der Kampf gegen Rom sollte wissenschaftlich geführt werden. Daß er der Kampf radaulustigen, akademischen Grünzeugs wurde, stand ursprünglich nicht auf dem Gründungsplan. Hitler hat seinen Widerspruch gegen die Gründung der Zeitung, in der er eine Art Konkurrenzunternehmen seiner persönlichen Gegner in der eigenen Partei erblickte, niemals aufgegeben, er hat dem Blatt die finanziellen Quellen abgegraben, wo er nur konnte. Die Herrschaften in der Schellingstraße mußten sogar eines förmlichen Bannstrahls des völkischen Dalaiolama gewärtig sein. Sie haben diesen nicht mehr abgewartet, sondern vorher das Feld geräumt in der Hoffnung auf andere Zeiten."

Im übrigen scheint auch sonst in den völkischen Kassen Ebbe zu sein. Denn zurzeit gehen in München und anderswo in den Kreisen der völkischen Parteifreunde Sammellisten von Haus zu Haus, um freiwillige Gaben für den Führer des Bundes „Oberland", Dr. Weber, zurzeit in Landsberg, zu erhalten, die zur Deckung der Verteidigungskosten bestimmt sind. Der Verteidiger Dr. Webers, der immer von höchstem völkischem Idealismus überschäumende Dr. Kroll, der der Oeffentlichkeit auch durch seine „Erzehrung" Ludendorffs besonders unangenehm aufgefallen war, hat für seine Bemühungen im Prozeß nicht weniger als 12 000 Mk. liquidiert.

---

deutsche Aufruhr niedergebrochen war. Selbstverständlich stellte sie sich sofort auf die Seite der Radikalen. In einer großen Parteiversammlung, als die gegenseitige Abrechnung begann, ergriff auch sie das Wort. Sie sprach und sprach. Mit glühenden Augen. Mit nimmerrinnendem Munde. Mit Gesten, die so wild waren, daß darüber ihre leichte Bluse aufsprang. Die männliche Jugend war begeistert. Beifallssturme umtobten die Rhetorikerin. Die Opposition meldete sich zu Wort. Die Opposition des rechten, gemäßigteren Flügels. Adolf Hoffmann erhob sich von seinem Platz und — kapitulierte, indem er auf die offene Bluse der Ruth Fischer hinwies: „Mit solchen nackten Tatsachen kann ich nicht operieren."

Die Frau hat in der Kommunistischen Partei von jeher eine bedeutende Rolle gespielt. Erst Rosa Luxemburg. Dann Klara Zetkin. Jetzt Ruth Fischer. Ist auch sie eine überragende Intelligenz wie Rosa Luxemburg? Nein. Sie ist ein Temperament. Ein sprudelndes Maulwerk. Ein Vulkan des Radikalismus. Ein Motor. Ein von allen erwägenden und überlegenden Denken freier Wille. Ein Wille zur Macht. Zwei, drei Jahre hat sie in der Partei rumort. Im September/Oktober 1923, in der Zeit des tiefsten Papiermarkverfalles, waren die Massen von der Parteileitung, wenn auch mit einigem Bedenken, wieder einmal auf die Straße gejagt worden. Zusammen mit den halb sozialistischen, halb kommunistischen Regierungen Sachsens und Thüringens hoffte man die bürgerliche Republik niederreißen zu können. Falsch kalkuliert. Reichswehr marschierte vor. Der Ausnahmezustand wurde erklärt. Die Parteiorgane wurden verboten. Die ganze Partei wurde schließlich vom General Seeckt untersagt. Die kommunistischen Weisen waren entmutigt. Nur Ruth Fischer und ihr Anhang bebten von Tatendrang. Jetzt war ihre Stunde gekommen. In der Stille wirkte sie hinter den Kulissen landauf landab und bekannte vor allem die Positionen der Parteibonzen. Moskau wurde als Schiedsrichter angerufen. Moskau fällte ein salomonisches Urteil. Moskau ließ geschehen, daß Ruth Fischer eines Tages die Thalheimer und Brandler von ihren Thronen stieß und auch das kommunistische Zentrum, den „Sumpf" der Koenen, Stöcker und Konsorten trockenlegte. Nun ist sie die unbestrittene Führerin der Partei. Der Radikalismus hat gesiegt. Der Radikalismus fordert Aktionen, fordert Spaltung der freien Gewerkschaften, fordert, um eine Diktatur der Parteileitung zu stabilieren, blinden Gehorsam der kommunistischen Parlamentarier. Ruth Fischer will unumschränkt kommandieren und will, über allen Zufälligkeiten des Tages stehend, angebetet werden, wie der Dalai Lama. Ist sie aber der Geist, der Menschen und Dingen zu gebieten vermag? Oder ist sie, weil alle guten Geister die KPD. verlassen haben, das letzte Stümpfchen Licht, das den kommunistischen Massen in der Finsternis leuchtet?

Die alte Leier.

Moskau, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitag begann im Kreml der 13. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei, an dem 740 Delegierte mit beschließender und 402 Delegierte mit beratender Stimme teilnahmen. Der Kongreß wurde eröffnet mit einer Würdigung Lenins durch Kamenew. Das Präsidium zählte nicht weniger als 42 Personen, darunter Rykow, Kamenew, Stalin, Sinowjew, Bucharin und Trotzki. Auf der Tagesordnung stehen: der politische Bericht des Zentralkomitees durch Sinowjew, der Organisationsbericht von Stalin, ein Bericht über Innenhandel und Konsumgenossenschaften von Kamenew und ein Bericht über Arbeit auf dem Lande von Kalinin.

In einem Begrüßungstelegramm an den 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wird erklärt, daß eine neue Revolutionswelle allmählich emporsteige. Die Wahlen in mehreren Ländern hätten ein rasches Wachsen der Kräfte der Kommunistischen Internationale gezeigt, wodurch neue komplizierte Probleme entstünden. Die proletarische Diktatur innerhalb der Sowjet-Union sei gestiegen aus der Krise hervorgegangen, die Wirtschaftslage habe sich gebessert. Ein Telegramm an die Kommunistische Partei Deutschlands besagt, im Vorjahre sei der Sieg des deutschen Proletariats nahe erschienen; man hätte aber den Rückzug antreten müssen, wie die KPD. hoffe, allerdings nur für kurze Zeit. Das heldenhafte deutsche Proletariat sammle seine Kräfte. Die KPD. habe die in Sachsen begangenen Fehler gebessert, den opportunistischen Fehlern ein Ende gesetzt und damit die innere Krise überwunden. In der Gewerkschaftsfrage habe sie den richtigen Standpunkt eingenommen, indem sie die schädlichen Spaltungstendenzen bekämpfte. Das Telegramm gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Innenkampf in der KPD. beendet ist, daß sie sich den Beschlüssen der Gesamtpartei wie ein Mann unterwerfe und die neue Zentrale alle Kräfte der früheren Fraktionen zur Arbeit heranziehe.

Das sind dieselben Ausführungen, die man bisher noch auf jedem kommunistischen Kongreß hören konnte. Ein starkes Maß von Ueberhebung und Heuchelei tritt auch diesmal wieder hervor. Die Nutznießer lächeln. Aber das Volk — die den Kommunisten nachlaufenden Arbeiter — will betrogen sein.

Wirtschaftspolitik.

Klarheit!

Von Heinz Flücht (Halle).

Der Lebens- und Lohnstandard der Bevölkerung ist maßgebend für den Wohlstand eines Landes.
(Henry Ford.)

Nichts wäre notwendiger als an Hand dieses Mottos, ein Ausspruch eines der größten amerikanischen Industriellen — der allerdings im Gegensatz zu Stinnes sein Genie nicht für seine Kinder, sondern für das amerikanische Volk, seine Nation verwendet — einen Rückblick auf die deutsche Wirtschaftspolitik des letzten halben Jahres zu werfen.

Mit der im November 1923 eingeführten neuen Währung, der Rentenmark, setzte eine allgemeine Stabilisation der gesamten deutschen Wirtschaft ein. Das Ziel war, die Preise ziemlich hoch und die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten ziemlich niedrig zu halten. Ja, man ging noch weiter, als die Preise auf dem Warenmarkt um einige Prozent herabgesetzt wurden — in einzelnen Zweigen waren es im Höchstfalle 20 Proz. — dabei lagen die Preise aber immer noch über dem Friedensstand. Ausnahmen wie bei einzelnen Teilen der Lebensmittelbranche bestätigen die Regel — drückte man die Löhne und Gehälter auf 40 bis 60 Prozent der Friedenseinkommen. Es hat sogar in diesen Monaten Industriezweige gegeben, die nicht einmal 33⅓ Prozent ihres Friedenseinkommens zu verzeichnen hatten, und trotzdem weigerten sich die Unternehmer und selbst die den Wirtschaftsfrieden schützenden Schlichtungsausschüsse und Tarifämter — allerdings auf höhere Anweisung — diesen Gruppen Gerechtigkeit zu geben.

Die logische Folge dieser Politik war, daß die Masse der Verbraucher, die schon in der ganzen Kriegs- und Nachkriegszeit die Opfer gebracht hatten und keine, höchstens aber das Allernotwendigste an Anschaffungen vorgenommen hatten, nun jeglicher Kaufkraft beraubt wurden.

Die Wirtschaft erlahmte. Eine Geldknappheit trat ein. Die Arbeitslosigkeit griff in einer Stärke um sich, wie man es selbst während der Demobilmachung nicht gekannt hatte. In den Warenhäusern versuchte man durch Schleuderpreise eine künstliche Konjunktur zu schaffen. Die Geldknappheit wurde damit aber nicht behoben, im Gegenteil, Kreditierungen blieben aus und Konkurse waren da. — Eine solche Bereicherung der Wirtschaft ist nebenbei gesagt notwendig, da sich manches in die Wirtschaft während der Inflationszeit hineingedrängt und „geschoben" hat, was bei normalen Verhältnissen nichts darin zu suchen hat. — Es zeigte sich aber hier, daß eine kurze Spanne Zeit der Niedrighaltung der Löhne und Gehälter genügte, um die Kreditnot zu verschärfen. Die Aufgaben der Banken als Förderer und Ausgleicher der Wirtschaft wurden in das Gegenteil umgekehrt. Heute sind die Banken Parasiten am Wirtschaftskörper. Das leichte und schnelle Verdienen der Inflationszeit ist ihnen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie nun nicht mehr davon lassen können. Die Auswirkungen der hohen Banzinsen erlähmen jegliche Initiative. Die Spargroschen des Mittelstandes, der Rentner, Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sie in der Vergangenheit vollständig verschluckt. Neue Sparer können sich unter den augenblicklichen Verhältnissen so schnell nicht finden.

Dieser Ausfall der Funktionen des Kreditverkehrs muß ohne weiteres zur Krise und zur Lähmung der deutschen Wirtschaft treiben. Ein Aufbau der Wirtschaft ist auf der Grundlage des gegenwärtigen desorganisierten Kreditwesens nicht möglich. Selbst wenn das Ausland uns das Geld leihen würde, bedarf es einer gründlichen Reorganisation unserer gesamten Finanzverhältnisse, wenn sie von Bestand bleiben sollen.

Unsere Wirtschaftsführer müßten doch endlich erkennen, daß es so nicht weiter gehen kann. Sie müssen vor allen Dingen erkennen, daß die Arbeitgeber sich nicht untereinander die Frage stellen können und dürfen: „Wie weit vermögen wir die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer zu drücken?" Im Gegenteil: das verflossene letzte Halbjahr mußte auch dem Letzten, der ein Interesse an der gesamten deutschen Wirtschaft hat, gezeigt haben, was unbedingt notwendig ist. Was man auf der einen Seite an Löhnen und Gehältern spart, wirft man auf der anderen Seite in Form von Zinsen, ausbleibenden Bestellungen zum Fenster hinaus.

In diesem Zusammenhang muß ebenfalls mit Bedauern festgestellt werden, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf einer Konferenz der Schlichter des Bezirks Köln erklärte, die Löhne müssen unter allen Umständen auf der jetzigen Höhe gehalten werden". Dieser eigentümliche katholische Pfarrer begründet seine Stellungnahme damit, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen die Einheitsfront der Stabilisierung durchbrechen.

Henry Ford sagt in seinen Lebenserinnerungen mit Recht: „Das produktive Tagewerk ist die unerschöpfliche Goldmine, die jemals erschlossen wurde. Daher soll der Lohn zumindest die äußeren Verpflichtungen des Arbeitnehmers decken. Nicht minder aber muß er ihn der Sorge um seinen Lebensabend entheben, wenn er nicht mehr arbeiten kann — und von Rechts wegen auch nicht mehr arbeiten dürfte. — Der Mann leistet seine Arbeit in der Fabrik oder sonstwo, die Frau ihre Arbeit zu Hause. Der Arbeitgeber muß beide bezahlen."

Einige Wenige verstehen es, Reichtümer anzusammeln und für das Wohl nur ihrer Kinder Sorge zu tragen, derweil die Masse, der Staat, die deutsche Wirtschaft verhungern.

Der Staat, die Wirtschaft können sich schließlich nur auf eine besser als heute bezahlte Bevölkerung stützen, deren gesteigerte Kaufkraft wieder die Konzentration der Spargelder zum Anlagekapital ermöglicht. Die Lohn- und Gehaltspolitik Deutschlands hängt mit der Geldnot, der Kreditnot, der Wirtschaftsnot zusammen, ja, sie ist eins ihrer Hauptübel.

Die Mark in Neuyork.

Markbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörse 23⅝ Geld, 23¼ Brief. Dollarparität 4,25 Billionen.

Deutsch-tschechische Baumwollkonvention. In den letzten Tagen fanden in Prag Verhandlungen innerhalb der Baumwollfachgruppe des Allgemeinen Deutschen Textilverbandes statt, in der über die Schaffung einer Konditionsgemeinschaft der Baumwollwebereien verhandelt wurde. Da sich dazu ausschließlich alle Mitglieder zum Beitritt bereit erklärt haben, ist die Gründung der Konvention gesichert. Auf die Preisbildung der tschechoslowakischen Baumwollwaren dürfte dieser Zusammenschluß von ausschlaggebender Bedeutung werden.

Einfuhrdekrete der Reichsregierung. Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Wirkung vom 1. Juni 1924 die Einfuhr von Rohphosphaten freigegeben. Durch die gleiche Bekanntmachung wird die Einfuhrfreiheit für Kiefernsamen und Fichtensamen wieder aufgehoben.

Die Geldbewegung in der Reichshauptkasse schließt für die Zeit vom 11. bis 20. Mai mit einem Zuschußbedarf von 6 636 232 Mk. ab, da Ausgaben in Höhe von 206 489 016 Mk. Einnahmen in Höhe von 199 852 784 Mk. gegenüberstehen. Die Ausgaben des Reiches bewegen sich auf der gleichen Höhe wie in der Vordekade. Die größere Anspannung erklärt sich durch starke Ueberweisung von Steueranteilen an die Länder usw. und die Einziehung der kleinen Goldanleihestücke. Insgesamt sind nach dieser Richtung 51 Goldmillionen aufgewandt worden. Durch Begebung von Rentenmark-Schatzwechseln flossen dem Reiche (Bestand vom 11. Mai rund 202 Millionen) 37,5 Millionen zu, die nicht unter den Einnahmenmitgezählt worden sind.

Aus aller Welt.

Die amerikanischen Weltflieger in Japan.

Neuyork, 24. Mai.

Aus Kasumigaura in Japan wird gemeldet, daß die dort eingetroffenen amerikanischen Weltflieger eine Woche dort Station machen wollen, um neue Maschinen in ihre Flugzeuge einzubauen. Im Zusammenhang mit der Unternehmung der Fliegeroffiziere ist das amerikanische Kriegsschiff „John D. Ford" in Kuschiro eingetroffen. Die Offiziere des Schiffes wurden von der Stadtverwaltung zu einem Festmahl geladen, bei dem der Bürgermeister feststellte, daß dieses das erste Kriegsfahrzeug sei, das jemals den dortigen Hafen besucht habe. Die Bevölkerung hat das amerikanische Schiff mit lebhaften Willkommenskundgebungen begrüßt.

Schwere Autounfälle.

Berlin, 26. Mai. (Sondertelegramm.)

Gestern ereigneten sich in der Nähe von Berlin zwei schwere Autounfälle. In der Gegend von Bernau fuhr ein Auto gegen einen Baum und wurde zerstört. Der Chauffeur blieb unverletzt, seine Schwiegermutter wurde getötet, während seine Frau schwer verletzt wurde. Auch in der Nähe von Lübben fuhr ein Auto gegen einen Baum und überschlug sich. **Eine Insassin wurde gegen einen Baum geschleudert und getötet. Eine zweite Insassin erlitt schwere Arm- und Beinbrüche und ein mitfahrender Herr eine Rippenquetschung.**

Eine Eifersuchtstragödie vor Gericht.

Rom, 24. Mai.

Vor dem Schwurgericht in Florenz begann soeben der Strafprozeß gegen den Romancier Massini, der, wie die Anklage behauptet, die Gattin des Inhabers des Florahotels aus Eifersucht erschossen hat. Massini hat unter dem Pseudonym Cesare Caduto mehrere Romane geschrieben und war Mitbesitzer und Leiter des Verlagshauses „La nave". Der Dichter befand sich häufig in Geldverlegenheit und verlangte unter Mißhandlungen wiederholt größere Geldbeträge von der ihm sehr nahestehenden Frau des Hoteliers. Als diese bei einem ähnlichen Auftritt Miene machte, die Polizei zu Hilfe zu rufen, wurde Massini derartig erregt, daß er die Frau auf der Hoteltreppe niederschoß. Der Täter gibt als Motiv zur Tat Eifersucht an.

Stierkampf auf der Straße.

In Kettering, in der Grafschaft Northants in England, machten zwei wildgewordene Bullen einen ganzen Stadtteil rebellisch. Die Tiere kamen von der Eisenbahn und wurden durch die Straßen getrieben. In der Nähe des Viehmarktes rissen sie sich los, überrannten ein Kind samt Kinderwagen sowie eine alte Dame, die schwer verletzt wurde. Eines der Tiere konnte auf freies Feld getrieben werden, mit dem anderen kämpfte ein Polizist vergeblich. Dann rief man die Feuerwehr, und sie versuchte den Bullen mit einem Lasso zu bändigen. Nachdem auch dies mißlungen war, blieb nur noch übrig, den gefährlichen Ausreißer zu erschießen.

Todesurteil gegen eine Spionin. Ein außerordentliches Sowjetgericht hat, wie aus Moskau gemeldet wird, die Spionin, Gräfin Marie Beidner zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung fand gestern statt. Die Gräfin gehörte schon mehr als 20 Jahre den internationalen Spionen an. Ihren Hauptsitz hatte sie in Genf. Hier liefen sämtliche Spionagefäden aus allen europäischen Staaten zusammen. Vor einem Jahr wurde sie in Moskau wegen Spionage gegen die Sowjetregierung verhaftet.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Hautjucken, Flechten, offene Füße,
Krampfadern, auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende seit Jahrzehnten bewährte
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe.
Original-Dose à Gmk. 1,25 2,80 u. 4.30 erhältlich in den Apotheken. Stets vorrätig: **Halle a. S.** Victoria-Apotheke, Gr. Steinstraße 32; Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. 4578

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0003

Vereins-Kalender
der VSPD.,
der freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
(Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vergütung: die aller andern Vereine zum jeweiligen Mitgliederpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß. Freitag, den 30. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung! Neue Mitarbeiter werden!

Jungsozialisten. Mittwoch, pünktlich 8 Uhr, im Heim, Werdeplan: Beginn der neuen Arbeitsgemeinschaft über das Görlitzer Programm.

Volkspark
Dienstag abend 8 Uhr im Garten:
3. Volkskonzert.
Abonnementskarten an der Abendkasse

Stadt-Theater.
Dienstag, abends 7½ Uhr:
Höllisch Gold
Derflerr Kapellmeister
Mittwoch:
Der Vetter aus Dingsda

Frauen
zum Hacken und Jäten gesucht.
Diemitz, Wilhelmstr. 1.

Kinderwagen
Klappwagen
Korbmöbel
Korbwaren
kauft man anerkannt am besten im ersten, ältesten Spezialhaus
Kl. Brauhausstraße 21
Franz Reinhardt.

Welcher Arbeitskollege tauscht meine Werkswohnung? Off. u. „Saale 100" postlag. Braunsdorf (Kr Querfurt)

U.T.
Leipziger Str. 88
Die große
Lustspiel-Woche
Lachen ist gesund
Wollen Sie lachen
So kommen Sie zu uns!
Der Sensat.-Großfilm:
Die Radio-Heirat
Lustspiel in 5 grotesken Akten mit
Eduard von Winterstein
Migo Bard, Alb. Paulig
Leo Peukert
in dem Lustspiel in 3 Akten
Gestörte
Flitterwochen
— Beginn 4 Uhr —
UFA
7538

W.T.
Walhalla-Lichtspiel-Theater
Zwei
Riesen-Sensations-Filmwerke!
Im flammenden Schacht!
Bergwerksfilm in 6 Akten.
Der Kindesraub im Zirkus Buffalo!
Sensationsfilm in 4 Akten.
— Beginn 4 Uhr —
UFA

U.T.
Alte Promenade 11a
Das schönste Filmwerk der Gegenwart:
Die
Herrenhofsage!
Nach der Novelle von Selma Lagerlöf.
In Berlin u. Hamburg 6 Wochen auf dem Spielplan
Mutter, weise mir den Weg!
(Freibeuter d. Liebe)
Ein Mädchenschicksal in 6 Akten.
— Beginn 4 Uhr —
UFA

Alle Arten Schulbücher
empfiehlt
Volksblatt-Buchhandlung
Hall a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Arbeitsamt Eisleben.

Petrstraße 9. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung. a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Friseure, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen. b) Offene Stellen: Maler- und Friseurlehrlinge. **Abteilung Landwirtschaft.** a) Arbeitsuchende: Wächter, Geschirrführer, Tagelöhner, Schweizer, Schäfer (verh.), Gutszimmerleute. b) Offene Stellen: Frauen und Mädchen zur Feldarbeit. **Weibliche Abteilung.** a) Arbeitsuchende: Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrlitzen, Ostermädchen, Plätterinnen. b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen (erfahren im Servieren). Dienstmädchen (ältere, gediente). Frau zum Graben von Gartenland. Gutsmamsell, Hausmädchen für Gut, Köchin und Küchenmädchen in Saisonstelle, Köchin (perfekte) für Krankenhaus, Küchenmädchen für Gut, Maschinenschreiberin, Näherinnen.

Arbeitsuchende, vor allem Handwerker, die zurzeit in anderen Berufen beschäftigt sind, können sich zur Vermittlung in ihrem Beruf, nach hier und auswärts, vormerken lassen.

Kleine Anzeigen haben hier grossen Erfolg!

Kluge Frauen!
Vorsicht bei Anwendung von Mitteln gegen **Regelstörung!**
Hüten Sie sich vor Anpreisungen, die nur selten das halten, was sie versprechen!
Rettung und neuen **Lebensmut** bringen meine seit Jahrzehnten erprobten **Spezialmittel** und befreien Sie von krankhaften **Stockungen,** die zur **Verzweiflung** treiben können, auch in **schweren** Fällen. Einfachste Anwendung, garantiert unschädlich, keine Berufsstörung. Viele freiw. und herzliche Dankschreiben bezeugen den Erfolg, oft schon in **Stunden.** Versand unauffällig unter Nachnahme. Leiden Sie? dann schreiben Sie noch heute an
W. Heilmann, Hamburg 19 (A 514)
Bellealliancestr. 46 7077

Unserm altbewährten Genossen
Wilhelm Zimmermann
nebst Ehefrau
sprechen wir zu ihrem 25jährigen Ehejubiläum unsere herzl. Glückwünsche aus.
Genosse Zimmermann hat über ein Jahrzehnt regen Anteil an der Arbeiterbewegung genommen. Als Hauskassierer für den Bergarbeiterverband ist er heute noch tätig und sorgt auch ebenso treu wie für die regelmäßige Verbreitung des „Volksblattes" Für seinen Fleiß und seine Treue gebührt ihm uns. Dank, ebenso seiner braven Ehefrau, die ihn stets tatkräftig unterstützte.
Emsleben, den 24. Mai 1924.
Mehrere Parteigenossen und Leser des „Volksblattes".

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim
der
Hallisch. Arbeiter
Kauft nur bei unseren Inserenten!

Schnaps-Hersteller
Wurzel-Wasch-Bär
Kl. Berlin 2. 1 Tr.
Geiststr. 17. Laden

Amtliche Bekanntmachungen

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche **Feststellung neuer Fluchtlinien** für die Grundstücke Wittekindstraße 11 und Bad Wittekind.
Halle, den 20. Mai 1924.
Der Magistrat.

Eisleben

Das zur Feststellung der Grundlager für die Ausschreibung der für das Kalenderjahr 1922 aufzubringenden **Seuchenentschädigungsgelder** aufgestellte Verzeichnis der Besitzer von Pferden pp. und von Rindvieh liegt vom 24. Mai 1924 an 14 Tage lang im Rathause, Zimmer 12, zur Einsicht aus.
Innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei uns schriftlich oder mündlich zu Protokoll erhoben werden.
Eisleben, den 22. Mai 1924.
Der Magistrat.

Bezugsquellen-Verzeichnis des „Volksblatt"

Ernst Schubert, Crumpa
Mühle und Bäckerei :: Getreide :: Mehl :: Futtermittel

A. Sauer Nachf.
Inhaber Richard Urban
Mücheln
Manufakturwaren, Modewaren
Konfektion
Arbeiterbekleidung
Aeltestes und größtes Geschäft am Platze

R. Ostwald
Bitterfeld, Hallesche Str. 15
Gegründet 1857 — Telephon 592
Wollwaren, Strickgarne, Damen- und Kinderwäsche, Schürzen u. Korsetts — Herren-Wäsche u. - Herren-Artikel, Schlipse -
Sämtliche Kurzwaren

E. Preller
Delitzsch
Manufaktur-, Leinen- u. Baumwollwaren
Gardinen und Arbeiterkonfektion

Wir halten uns den Vereins-, Gewerkschafts- und Parteivorständen z. Herstellung von
Drucksachen aller Art
in geschmackvoller und sauberer Ausführung bestens empfohlen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.
Halle a. S. : Tel. 6605 : Harz 42/44

Ad. Spiller Nachf.
Inh. Hans Wiegandt.
Mücheln. Telefon 109.
Mode- und Manufakturwaren, Pelzwaren
Wäsche, Hüte, Mützen, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe, Arbeitergarderobe.

Qualitäts-Schuhwaren
Viele Arten. Beste Fabrik.
Günstige Preise
Pannier
Torgau, Markt
Große Werkstatt für Reparaturen

S. Jarosch Nachf.
Bitterfeld, Markt 7
Das Haus der guten Qualitäten für Herren-, Knaben-, Berufs- und Sportbekleidung

Kaufhaus
Max Salzmann
Wittenberg
Markt 1 Markt 25
Zweiggeschäfte:
Piesteritz -- Zschornewitz
Nur gute Qualitäten zu billigen Preisen!

M. Bergmann,
Inh.: Oscar Bergmann
Mücheln.
Herren-, Knaben- und Berufskleidung ∴ Hüte, Mützen.

Gotth. Tonus, Bockwitz
empfiehlt
Fahrräder, Nähmaschinen
Musikwaren, Haus- und Küchengeräte, Glas-, Porzellan und Emaillewaren, Werkzeuge

Karl Wittenbecher
Merseburg, Am Neumarktstor 1
Hüte :: Mützen

Gut und billig kaufen
Sie stets
Kleider-Stoffe, Wäsche-Stoffe
Damen-Mäntel, Herr.-Anzüge
Berufs-Kleidung
bei
M. Hart Nachf.
Delitzsch Markt 8

Michel
Anerkannt beste Marke :: Hausbrand-Industrie
Jahresprodukt.: 180000 Doppelwaggons
Generalvertrieb für Merseburg u. Umgeg.
Michelbrikett-Verkaufsstelle
m. b. H.
Fernsprecher 82 Neumarkt 67
Merseburg
Steinkohl., Koks, Rohkohle
Naßpreßsteine, Torfstreu
Dachpappe, Brennholz.
Baumaterialien-Handlung.

„VOLKSBLATT"
Die Verordnung über die Arbeitszeit
mit Erläuterungen.
Im Auftrage des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart.
Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.
BUCHHANDLUNG

Neues vom Tage.

Brandunglück.

Von Bewohnern des Grundstücks Markt 4 in Wittenberg wurde Sonnabend abend gegen 1/29 Uhr die Ratswachwache von einem Brand im Hinterhaus des Grundstücks in Kenntnis gesetzt. Die entsandten Beamten fanden in der Wohnung der Ehefrau E. Röde den achtjährigen Schüler Alfred Röde mit schweren Brandwunden im Bett vor. Der Knabe hatte in Abwesenheit seiner Mutter eine Flasche Spiritus in einen brennenden Ofen geschüttet und waren dabei die Kleider in Brand geraten. Der Knabe wurde in das Paul-Gerhardtstift gebracht.

*

Selbstmordversuch.

In Torgau versuchte sich Freitagnacht in der Polizeizelle ein 25jähriger stellenloser Kaufmann aus Staßfurt zu erhängen. Er hatte bei Sportvereinen Unterstützungen gesammelt und lebte in den Hotels, teilweise ohne zu bezahlen.

Motorradunfall.

Ein Motorradunfall ereignete sich auf der Crumpaer Landstraße zwischen Biendorf und Crumpa. Der auf der Fahrt nach Crumpa begriffene Zimmermeister Geyer und der gleichfalls auf dem Motorrad von Crumpa kommende Gutsbesitzer Hubert Tümmel wollten einen ihnen auf der Straße begegnenden Wagen ausweichen und stießen dabei zusammen. Die Räder wurden beschädigt und beide Fahrer zogen sich bei dem Fall u. a. Kopfverletzungen zu.

*

Wegen Betrugs verhaftet.

Wegen eines groß angelegten Betrugs sind der ehemalige Mühlenbesitzer H. Sch. aus Hohndorf, der Lehrer R. G. aus Pratau und der Bureaugehilfe O. Sch. aus Bittenberg festgenommen worden und dem Amtsgerichtsgefängnis Bittenberg zugeführt. Von der Kriminalpolizei konnte eine Menge Beweismaterial, auch Briefe und Offerten, beschlagnahmt werden.

Kaufhaus Rosenthal
Wir bringen unser reichhaltiges Lager in Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Leinen- und Baumwollwaren und Manufaktur, sowie unsere Damen- und Kinderkonfektion in - empfehlende Erinnerung -
Torgau, Bäckerstr. 6

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Mai 1924.

Brüder in Christo.

In der hiesigen Paulusgemeinde wühlt seit langen Jahren ein stiller Krieg, dessen Hauptperson der Pfarrer v. Broecker ist. Broecker ist bei dem ihm speziell unterstellten Teil seiner Kirchengemeinde und über deren Grenzen hinaus sehr beliebt und wegen seines Wesens, dem der Hochmut fremd ist, geachtet. Seit 27 Jahren waltet er seines Amtes. Er suchte insbesondere auch an die Arbeiterkreise heranzukommen und war bemüht, deren Bestrebungen zu verstehen. In sozialen Fragen machte er Zugeständnisse an die Forderungen der Arbeiter, wie nur wenige der christlichen Baretttträger. Auch in einigen kirchlichen Lehrsätzen, beispielsweise betreffs der wirklichen Gottessohnschaft Christi, soll v. Broecker nicht ganz studenrein sein. Im übrigen steht er voll auf dem Boden der kirchlichen Dogmen; seine Zugeständnisse an die Vernunft sind also durchaus minimal und kennzeichnen ihn keineswegs als stürmischen Neuerer. Es mag dahingestellt bleiben, ob seine Haltung in sozialen Fragen auf seine Gesinnung oder mehr auf die Einsicht zurückzuführen ist, daß es mit der Kirche vollends den Berg hinuntergeht, wenn sie nicht die Fühlung mit den breiten Massen zurückgewinnt.

Kurzum: v. Broecker ist ein Geistlicher, der nur deshalb etwas aufgefallen ist, weil hier in Halle die ödeste Orthodoxie bei seinen Amtsbrüdern Trumpf ist. Trotzdem oder auch deshalb hat er bei einem Teile der Christgläubigen wie auch bei Amtsbrüdern Anstoß erregt. Zu seinen Gegnern gehört auch der Pfarrer Bach, der gleichfalls an der Paulusgemeinde wirkt. Schon vor etwa 20 Jahren war der Zwist zwischen Bach und v. Broecker Gegenstand von Einsendungen, die an das „Volksblatt" gelangten. Seitdem hat das stille Ringen der beiden Lager eigentlich nie aufgehört. Jetzt endlich scheint der letzte Akt gespielt worden zu sein; denn v. Broecker will fort. In Nordhausen hofft er mehr Ruhe zu haben und seine angegriffene Gesundheit wiederherstellen zu können. Seine Anhänger haben in einer Versammlung gegen Broeckers Weggang Einspruch erhoben und in einer Eingabe an den Gemeindekirchenrat gebeten, Broeckers Dienstbezirk zu verkleinern, doch der Gemeindekirchenrat ist außerstande gewesen, den Wunsch zu erfüllen, der die Anstellung eines weiteren Pfarrers bedingt haben würde. Pfarrer v. Broecker wird also voraussichtlich Ende Juni gehen. Nun hatte er im „Kirchenblatt der Paulusgemeinde", das von seinem Amtsbruder Bach redigiert wird, einen Dank an seine Getreuen veröffentlichen wollen. Aber Pfarrer Bach hat diesen Dank nicht wörtlich zum Abdruck gebracht, sondern nur indirekt wiedergegeben. Dem Kundigen sagt dieser kleine Zug kollegialer Freundschaft alles.

Pfarrer Bach, dem wir wegen seiner provokatorischen Stellung zu den Reichstagswahlen vor einigen Wochen etwas auf die Finger klopften, sucht sich in der Mai-Nummer seines Kirchenblattes unter Berufung auf unser Blatt durch die Frage zu rechtfertigen, um was sich denn die Kirche bekümmern dürfe. Und er beantwortet seine Frage selbst durch den Satz: „Gewiß doch um das, was sie selbst angeht, um ihre eigenen Belange." Es sei dringend nötig, fährt er fort, daß die „bewußten Christen" sich klar würden, was sie von den einzelnen Parteien zu erwarten hätten. Jawohl. Herr „bewußter Christ" und Pfarrer Bach! Sorgen Sie immerhin dafür, daß Ihre Gefolgschaft das erfährt. Wir unsererseits werden bemüht sein, den „unbewußten Christen" zu sagen, was sie von Ihnen und Ihresgleichen zu erwarten haben.

Ehelichkeitserklärung bei unehelichen Kindern.

Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die große Wohnungsnot, stehen vielen jungen Menschen, die gern die Ehe miteinander eingingen, hindernd im Wege. Was ist die Folge? Die Anschwellung der Zahl der unehelichen Geburten. Man bleibt wohl noch hinter der Wirklichkeit zurück, wenn man die Zahl der unehelichen Geburten heute mit einem Drittel aller Geburtsfälle annimmt.

Das uneheliche Kind tritt nun wohl in die Familie der Mutter wie ein eheliches ein. Zwischen dem Vater aber und dessen Verwandten einerseits und dem unehelichen Kinde anderseits entsteht kein Verwandtschaftsverhältnis. Insbesondere ist auch das Erbrecht versagt. Von schwerwiegender Bedeutung ist aber für die unehelichen Kinder die Bestimmung in § 1712 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach, wenn der Vater stirbt, seine Erben berechtigt sind, den Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes, der an sich gegenüber den Erben fortbesteht, mit einem Betrag abzufinden, der dem Kinde als Pflichtteil gebühren würde, wenn es ehelich wäre. Hinterläßt der Vater kein Vermögen, so kann hiernach das uneheliche Kind von den Erben mit einem überhaupt nicht nennenswerten Geldbetrag abgefunden werden.

Es ist nun, was nicht allgemein bekannt ist, dem unehelichen Vater, wenn er dazu guten Willens ist, die Möglichkeit gegeben, sein uneheliches Kind für ehelich erklären zu lassen und ihm so auch dem Vater gegenüber nicht allerdings auch gegenüber dessen Verwandten die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes zu geben (§§ 172 ff. BGB.). Natürlich muß die Mutter einverstanden sein, ebenso der gesetzliche Vertreter des Kindes, der zu seiner Einwilligung wiederum der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf. Der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters bedarf es nicht mehr, wenn das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat.

Der Antrag auf Ehelichkeitserklärung geht an die Regierung des Bundesstaates, dem der Vater angehört. Der Antrag bedarf, wie auch die Einwilligungserklärungen, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Auf die Verfügung der Ehelichkeitserklärung besteht kein Rechtsanspruch, vielmehr wird sie als „Gnadensache" angesehen. Philiströs allerdings wäre es, wenn Anträge auf Ehelichkeitserklärung unter den heutigen besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht weitgehend berücksichtigung fänden.

Politisches Rowdytum.

Der 11. Mai hat vielen die Augen darüber geöffnet, wieweit sich das Gift der politischen Verhetzung in die Köpfe der Jugend eingefressen hat. Einsichtige Eltern und Lehrer lehnen das unverantwortliche Treiben derjenigen ab, die diese Vergiftung planmäßig bewirken. Leider beteiligen sich auch Berufskreise daran. Wieweit diese selbst dem politischen Rowdytum verfallen sind, zeigt das Vorgehen eines Herrn D., des bekannten Stahlhelmers, der es fertig brachte, seinen Berufsgenossen und politischen Gegner mit Vorsatz tätlich anzugreifen. Es ist höchste Zeit, daß derartige Elemente von ihrer Behörde und ihrer Berufsorganisation schärfer angefaßt und nicht mehr so frank und frei auf die Jugend losgelassen werden.

*

Konjunktur! Glücklich beim Hakenkreuz angelangt ist ein Herr Gardy K. Vor der Revolution im Osten stramm konservativ, nachher Sozialdemokrat, dann Kommunist, jetzt bei Hitler u. Co. Solche Geister sind zwar nicht selten, aber da es sich um einen Volkserzieher handelt, sei der Fall besonders festgenagelt. Wir haben von unsern Jugendbildnern mehr Charakter zu verlangen!

*

*** Völkischer Bettel.** Die Hitlerleute rüsten zu neuen Heldentaten. Dazu gehört natürlich Geld, das die Industrie spenden muß. Sie schicken daher schneidig eingekleidete Schnorrkommandos den Unternehmern zu, um die nötigen Gelder zu fechten. Sie verschmähen es dabei nicht, neben „rosseechten" Geldmännern auch solche von zweifellos nichtarischer Abstammung anzuschnorren. Ganz offenbar müssen die von den letzterem erhaltenen Zinsgroschen abgesondert aufbewahrt und vor Benutzung zu völkischen Zwecken von einem dazu bestellten völkischen Weihpriester durch Bewedeln mit dem Mistelzweige und Besprengung mit völkischem Weihwasser (bayrisch Bier!??) entsündigt und verwendungsfähig gemacht werden.

*** „Frontheil!"** Am Freitag tagte der „Stahlhelm" im Thaliasaale. Stolz und wehmütig zu gleicher Zeit reckte sich Herr Jüttner. Ihm lag offenbar noch der harte Trab des braven, aber ach so pflastermüden Schimmels vom Ludendorffsonntage im müden Kompagnieführergebein. In solchem Zustande tun kalte Stiefäder wohl. Der nimmermüde Mann dagegen versuchte einen politischen Galopp. Dabei entglitten ihm Steigbügel und Zügel: es wurde furchtbar. Wir bedauern den Aermsten aufs tiefste. Das kommt aber davon, wenn man sich aufs politische Rößlein schwingt; das ist andere Reiter gewöhnt! Einige Proben aus dem Bericht über die Versammlung der halfischen Stahlhelmerische zeigen uns, welcher „Geist" dort herrscht: „Treue und Begeisterung zur „national-völkischen"Bewegung ruhen auf eiserner Grundlage" (bis aufs Geld!?), „Treue zu den Führern desgleichen" (daher die Namen Lindström, Kahr und Lossow!), „die Reparationskommission ist der Sangrüssel der jüdisch-internationalen Finanzwelt" (woher weißt du?). „Wir Frontsoldaten erheben schärfsten Protest gegen das Sachverständigengutachten." (Großartig! Genau wie Ludendorff!) „Es ist die Hauptaufgabe der Juden und Marxisten, die persönliche Unternehmungslust der nationalen Führer zu hemmen." (Nanu? Wieso? Sollte Ludendorff sich tatsächlich von den Juden haben in den Münchener Straßenkot legen lassen?) So ging es endlos weiter. Auch Ludendorff hatte einen Schreibebrief gesandt, kurz, deutlich und — inhaltlos: „Die Stahlhelmbewegung dürfte nicht Vereinsmeierei werden." (Prost, alter Schwede!) Bei Verlesung dieses Schriebs koste der Fall. Und dann kommt die Hauptsache: „Der Kapelle des „Musikdirektors" Seifert wird für ihr unerschrockenes (!!) Eintreten für den nationalen Gedanken der Titel „Stahlhelm-Kapelle" verliehen" (verliehen!!! D Red.). Stillgestanden! Frontheil! Schluß! Wegtreten! „Es war, als fegte man den Mist aus sechsundzweißig Gruben."

Männergesang hinter Kerkergittern.

„. . . Auch in diesen ernsten Mauern soll edlen und hohen Empfindungen Ausdruck verliehen werden! . . . Die Musik, vor allem das Lied, bieten uns dazu die Möglichkeit, helfen uns über manche schwere traurige Stunde hinweg. Im Liede klagen, im Liede jauchzen wir; wenn wir das Lied hören, klingt in uns all das mit, was der Komponist uns sagen wollte. Wir denken fröhlicher, besserer Tage; neuer Mut, neue Kraft kommen über uns! Mancher unter uns gehört dem Gefängnis-Chore an; manchem ist es eine Freude, mitsingen zu können, in sich und anderen die Empfindungen des Hohen, Edlen und Schönen erwecken und stärken zu können! . . .„

Mit diesen Worten begrüßte gestern der Direktor der Strafanstalt am Kirchtor in der Gefängniskirche den Arbeiter-Sängerchor. Unten, den Sängern unsichtbar, die Bänke voll von Strafgefangenen; oben, auf dem Chor, den Gefangenen verborgen, die Sänger. Unter den Gefangenen manch grauer Kopf, manche vom Schicksal gebrochene Gestalt, aber auch man ungebärdiger, trotziger Geselle, dem Gefängnisdruck und Einsamkeit die Bitterkeit gezüchtet hat. Wir haben an dieser Stelle nicht zu rechten! Aber oben harrten, eng gedrängt, die Arbeitersänger, voll Willens zu helfen und zu lindern, Mut zuzusprechen und aufzurichten. Ein schweres Unterfangen; und doch gelungen! Manches starre Auge war tränengefüllt, als die Töne durch den Raum drangen: Sonntag ist's, s'Dorfglad. Die Mühle im Tale usw. Und als die Nachmittagssonne durch die bunten Kapellenscheiben zum Aufbruch schien, beleuchtete sie manch frohen Mann im ernsten Anstaltsgewand. Wir können diesen — unseres Wissens ersten — Versuch der Anstaltsleitung trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten (vielleicht auch gerade deshalb!) als durchaus erfreulich und wiederholenswert bezeichnen und stellen gleichzeitig fest, daß dem Arbeiter-Sängerchor nicht nur der Dank der Anstaltsleitung mit vollem Recht wurde, sondern auch der Dank weiter Volksschichten ohne Unterschied sicher ist. F.

Der Flieder in den schönen städtischen Anlagen.

Im vergangenen Jahre hatte der Flieder fast gänzlich mit der Blüte versagt, dafür meint er es in diesem Jahre aber desto besser. Eine so reiche Fliederblüte wie diesmal haben wir selten, da muß ein jeder hinaus und sich an dem Anblick und Geruch dieses unseres schönsten Frühlingsblühers erfreuen. Die Anlagen in Halle sind überreich an Flieder. Einzig in seiner Art steht wohl der Stadtgottesackerpark an der Magdeburger Straße da mit seinen Riesenbüschen von Flieder. Hier ist es meist der feinzweigige, chinesische mit seinen lockeren, überhängenden Rispen, der einen wundervollen Anblick bietet. Aber auch die Anlagen auf der Alten Promenade, besonders hinter den Häusern der Scharrenstraße, und die Anlagen beim Gymnasium, ebenso auf der Neuen Promenade sind reich an Flieder. Hier ist es deutscher Flieder mit seiner festeren straffen Form und den aufrechten, manchmal auch weißen Rispen. Der schöne Amtsgarten hat ebenfalls einen außerordentlich reichen Fliederflor. Viele Bänke laden zum stillen Genuß dieser Pracht ein. Auch die Klausberge und die Höhen von Kröllwitz mit ihrem prächtigen Blicke in das Saaletal erfreuen den Spaziergänger durch die Blütenpracht des Flieders.

Aber alle diese Schönheit soll nur zum Genuß am Standort des Flieders dienen. Wer den Flieder abreißt, um ihn mit nach Hause zu nehmen, schädigt seine Mitmenschen und schadet dem schönen Fliederbusch, der sich dadurch rächt, daß seine Blüten bald welken, denn abgeschnitten hält sich der Flieder nur sehr kurze Zeit frisch.

*** Lehrgang für Säuglingspflege.** In dieser Woche ergehen die Einladungen an die bisher gemeldeten Teilnehmerinnen. Einige Meldungen können noch entgegengenommen werden. Der Lehrgang beginnt Sonnabend, den 14. Juni, pünktlich 4 Uhr in der städtischen Frauenschule und erstreckt sich auf etwa 5 bis 6 Sonnabende. Berechtigt zur Teilnahme sind junge Mädchen über 18 Jahre, junge Frauen und Mütter aus der Arbeiterschaft.

Der Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß.

*** Wohnungstausch durch Kauf der Einrichtung.** Vom Mieterverein Halle e. V. wird uns geschrieben: Häufig wird versucht, eine Wohnung dadurch zu erhalten, daß man die Einrichtung eines ins Ausland verziehenden oder mit einer anderen Familie zusammenziehenden Wohnungsinhabers kauft und sich das Wohnrecht des Verkäufers übertragen läßt, um das Wohnungsamt auszuschalten und auf diese Weise zu einer Wohnung zu gelangen. Ein solcher Kauf einer Wohnungseinrichtung ist lediglich Mittel zum Zweck und der Vertrag nichtig, da er gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, denn er bezweckt die Umgehung der Wohnungsmangelvorschriften, wonach ohne Zustimmung des Wohnungsamtes keine Wohnung überlassen werden darf. Die Wohnungssuchenden seien daher vor Abschluß eines solchen Vertrages gewarnt, da ihnen die zwangsweise Räumung solcher widerrechtlich bezogener Wohnungen droht.

*** Haltlose Gerüchte.** Das in der Stadt von Angehörigen der KPD. geflissentlich verbreitete Gerücht, daß „in den Kellern der Moritzburg" sich noch 400 Gefangene befinden sollen, beruht auf Unwahrheit. Die KPD. hat im Gegenteil in aller Oeffentlichkeit durch ihre Presse alle zum sogenannten Arbeitertag zugereisten Auswärtigen aufgefordert, die Heimreise anzutreten; gleichzeitig haben die Quartiergeber die Aufforderung erhalten, die noch hier verbliebenen zur Abreise zu veranlassen.

*** Die Zahlung der Heeresrenten** für Monat Juni findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2 a, wie folgt statt: Am 28. Mai für die K-Rentenempfänger, am 30. Mai für die H-Rentenempfänger und am 31. Mai für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Die Aufgaben der Gemeinden im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten.

Tagung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

Am 23. und 24. Mai fand in Hamburg die 45. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege statt, auf der Oberbürgermeister Dr. Rive (Halle) zu Beginn der Verhandlungen einen ausführlichen **Bericht über die in den Jahren des Bestehens des Vereins geleistete Arbeit** gab. Dr. Schlosser (Frankfurt a. M.) und Professor Dr. Persgen (Hamburg) sprachen über die **dringlichsten Aufgaben der kommunalen Hygiene** und forderten als das Wichtigste eine durchgreifende Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Geheimer Regierungsrat Dr. Hübner (Merseburg), der als Vertreter des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen sprach, legte in einem umfassenden Referat die Voraussetzungen dar, die für einen Erfolg des für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten maßgebenden Gesetzes ausschlaggebend sind. Wie der Redner ausführte, muß es so weit kommen, daß die Gesetzesvorschriften sich allmählich zur öffentlichen Moral entwickeln. Weiter muß es dazu kommen, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen. Um dies zu erreichen, sei eine Aufklärung der Bevölkerung über sexuelle Fragen, über Geschlechtskrankheiten, über die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung und Verhütung unerläßlich. Die Stadt Halle habe in dieser Beziehung sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit dem Jahre 1908 wurden alle Schüler und Schülerinnen über die Fragen der Alkoholwirkung und über die Gefahr des leichtfertigen Verkehrs vor ihrer Entlassung aus der Schule eingehend belehrt. Das Wichtigste aber sei die Aufklärung, Erziehung und Willensbildung zu Reinheit und Stolz. Da nicht alle Aerzte, besonders die in den kleineren Städten und Dörfern, über die erforderlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten über Diagnose und Therapie orientiert seien, habe der Provinzialverband von Sachsen-Fortbildungskurse veranstaltet, die von 500 Teilnehmern aus der Provinz besucht wurden. Eine Wiederholung dieser Kurse finde im Juni dieses Jahres statt. Die Hauptarbeit auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sei von den Ländern, den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu leisten. Unbedingt sei aber den Gemeinden der Vorrang zu geben, denn sie hätten nicht nur in der Fürsorge für Irre, Taube usw. die Kosten zu tragen; sie hätten auch die Mittel der Erziehung und Gesundheitspflege in der Hand. Es seien deshalb den Gemeinden größere Rechte einzuräumen. Wenn dadurch auch eine gewisse Einheitlichkeit des Vorgehens beeinträchtigt werde, so werde doch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dadurch, daß sich auch die Körperschaften damit zu befassen hätten, eher zur Volkssache werden. Dafür sei es besser, diesen Weg einzuschlagen, als das Werk der Gesetzgebung in der Tischlade zu belassen, weil sich Reichstag und Reichsrat über diese Frage nicht einigen könnten.

*** Die Straße gehört der Polizei.** Vom Polizeipräsidium werden wir um Aufnahme folgender Mahnung ersucht: Mehrfache Vorfälle in letzter Zeit geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß alle Fahrzeuge und Fahrräder beim Herannahen des Schnellwagens der Schutzpolizei auf dessen Glockenzeichen die Fahrstraße sofort frei zu machen haben, damit das Ueberfallkommando möglichst schnell an Ort und Stelle sein kann.

*** Eine halbe Milliarde neue Geldstücke.** Von den neuen Münzen sind bis Anfang Mai bereits über eine halbe Milliarde hergestellt, an Silbermünzen 3 323 744 Stück, zu 1 Mark 1 769 894, zu 3 Mark 1 553 850. Sie sind mit Ausnahme von 100 000 zu 1 Mark und 500 000 zu 3 Mark aus Stuttgart sowie 550 000 zu 1 Mark aus Karlsruhe sämtlich in Berlin, also mit dem Münzzeichen A im April hergestellt. Es kommt erst eine Silbermünze auf 18 Einwohner. Von den Rentenpfennigmünzen gibt es dagegen schon 498 580 729 Stück oder 8 auf den Kopf, die meisten mit über 122½ Millionen zu 50 Pf., dann über 112 Millionen zu 5 Pf., über 96½ Millionen zu 10 Pf., über 92 Millionen zu 1 Pf. und fast 75 Millionen Stück zu 2 Pf. Der Rennwert des gesamten neuen Geldes beträgt jetzt fast 85½ Millionen Mark, davon über 79 Millionen in Rentenpfennigen und fast 6½ Millionen Mark in Reichssilbermünzen.

*** Japanisches Leben im Film.** Am Freitag veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Lichtbildwesens in Erziehung und Unterricht" im Thaliasaale einen Vortragsabend über „Japan, Land und Leben". Referent war der Leiter der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Professor Lampe (Berlin). Gleichzeitig wurden 6 Filme vorgeführt, die die Japanische Gesellschaft für Erziehungswesen dem Zentralinstitut geschenkt hat. Tokio, die japanische Hauptstadt, wie sie noch vor dem Erdbeben in halb japanischer, halb europäischer Bauart existierte, zeigte der erste Film. Die gewaltige Umstellung, die das japanische Reich in den letzten Jahrzehnten durchgeführt hat, die Umstellung auf zwei Kulturen, konnte man hier deutlich bewundern. Die weiteren Filmstreifen zeigten Bilder aus dem Schulleben, aus der Familie und aus verschiedenen Industriezweigen. Besonders die zwei Industriezweige, die in Japan vorherrschen, die Tee- und Seidenindustrie, wurden in zahlreichen Bildern den Besuchern vor Augen geführt. Bilder altjapanischer Kulturstätten und Heiligtümer beschlossen das von dem aufmerksam folgenden Publikum beifällig aufgenommene Programm.

*** Drittes Volkskonzert im Volkspark.** Morgen, Dienstag, abend findet das dritte Konzert des Wittekind-Orchesters unter Leitung des Dirigenten Benno Plätz statt. Es ist erfreulich, daß die Besucherzahl gestiegen ist. Zur weiteren Durchführung der Konzerte ist aber nötig, daß der Besuch ein noch besserer wird. Der Arbeiterschaft ist durch diese Konzertveranstaltung Gelegenheit gegeben, wirklich erstklassige Kunst in ihrem eigenen Heim zu genießen. Das Programm ist auch in diesem Konzert ein gut gewähltes. Das Konzert wird eröffnet durch den Einzugsmarsch der Gäste auf der Wartburg aus „Tannhäuser", ihm folgt die Ouverture „Die lustigen Weiber von Windsor", hierauf die Volksiene aus der Oper „Der Evangelimann" von Kinzel, als Schluß eine Rhapsodie über schwäbische Volkslieder von Kämpfert. Im 2. Teil wird neben der Ouverture „Euryanthe" von Weber der Solotrompeter des Orchesters, Herr Gerber, zwei Trompetenolis blasen und zwar „Wiegelied" von Brahms und Schubert. Es folgt die rauschende Hochzeits-Einladungsmusik zum 3. Akt aus „Lohengrin" und als Ergänzung für die mit großem Beifall im zweiten Konzert aufgenommene 2. Rhapsodie von List die 1. ungarische Rhapsodie in F-Dur. Der dritte Teil enthält „Wiener Musik", Ouvertüre zur Operette „Wälmeister" und den Walzer „An der schönen blauen Donau" von Johann Strauß. — An der Abendkasse werden noch Abonnements angenommen. Teilzahlung gestattet.

*** Unglücksfälle.** Am Freitagabend stürzte der achtjährige Knabe Mehl beim Sandanger in die Saale. Er wurde von einigen unbekannt gebliebenen Arbeitern herausgezogen. — Durch die Raserei eines Personenautos kam am Sonnabend eine Radfahrerin am Raamischen Platz zum Sturz; sie kam zum Glück mit dem Schrecken und einer zerbrochenen Vordergabel davon. — Sonntag vormittag wurde in der Merseburger Straße ein Radfahrer, der die linke Straßenseite benutzt, von einem Personenkraftwagen erfaßt und etwa 15 Meter mitgeschleift. Hierbei trug er erhebliche Hautabschürfungen davon und wurde mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht. — Gestern nachmittag erlitt ein wohnungsloser Arbeiter in der Alten Promenade einen Ohnmachtsanfall. Da er sich nicht erholte, wurde er von Angehörigen der Sanitätskolonne nach dem Krankenhause gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0005

* **Todessprung aus dem Fenster.** In der vergangenen Nacht gegen 1.20 Uhr wurde im Hofe des Grundstücks Talamtstraße 6 eine dort logierende männliche Person tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Sturz aus dem im zweiten Stockwerk gelegenen Zimmer vor. Was den Mann zu dieser Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

* **Gelandete Leiche.** Sonntag abend wurde an der „Saalschloßbrauerei" die Leiche des am 21. Mai beim Kahnfahren ertrunkenen Mädchens gelandet. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof gebracht.

* **Razzia.** Bei einer in der Nacht zum Sonntag veranstalteten Razzia nach der Peißnitz, dem Sandanger und den Feldscheunen des Gutes Gimritz wurden acht männliche und eine weibliche Person festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. — Weshalb die Einlieferung geschah und was mit den Betroffenen ferner geschieht, darüber sagt der Polizeibericht nicht.

Film und kleine Bühne.

* **U.-T., Leipziger Straße.** Lassen sich auch die Verfasser von Filmmanuskripten die Verwertung einer technischen Errungenschaft zur Themaführung angelegen sein, ist das etwas Unerhörtes? Nein! Aber wie es geschieht, das ist wesentlich. In der hier laufenden „Radio-Heirat" hat eine geschickte Leitung ausnahmsweise glücklich das Nützliche mit dem Schönen, das Ernste mit dem Komischen verbunden, daß man die Gefühlsausbrüche der hingerissenen Beschauer wohl verstehen kann. Mit freilich reichen Mitteln einen durchschlagenden Erfolg erzielt zu haben, muß dem Schöpfer des Filmwerks hoch angerechnet werden. Um die Bewegung der Lachmuskeln seiner jungen und alten Verehrer beiderlei Geschlechts ist Leo Peukert — neben anderen tüchtigen Kräften — in der von ihm gewohnten Art bemüht. Die „gestörten Flitterwochen" verschuldet — natürlich — eine böse Scheinheilige, so etwas von Erbtante und Schwiegermutter-Ersatz. Den konzentrischen Angriffen der Eingeweihten erliegt die verliebte alte Schachtel und auch der Gegenstand ihrer Verehrung ist in wenig beneidenswerter Lage. F.e

* **„Ulu":** Die neuerrichtete Kleinkunstbühne wird Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im prachtvoll renovierten kleinen Volkspartsaal eröffnet. Die Bühne ist ebenfalls modern ausgestattet und man kann wohl behaupten, daß der „Ulu" die vornehmste und beste Kleinkunstbühne Halles wird, zumal die Direktion nur Künstler verpflichtet hat, welche einzig in ihrer Art und absolut neu für Halle sind. Franz Kaiser, Anfager und Typendarsteller, Max Göbe, sächsischer Komiker, Mia Frey, Solosängerin von der Münchener Staatsoper und Glano, der berühmteste Universalkünstler mit eigener glänzender Dekoration, werden ein Programm bieten, von dem die Bevölkerung Halles sprechen wird. Zum Schluß geht der überaus lustige musikalische Schwank „Weiberfeinde", von nur Künstlern erster Bühnen dargestellt, in Szene. — Die künstlerische Leitung liegt in den bewährten Händen des Direktors Paul Meyer, für die musikalische Leitung ist Herr Kapellmeister Kurt Herbst verpflichtet. — Jeder, der kommt, wird staunen!

Unterbezirk I, Halle-Saalkreis.

Agitationsbezirk Norden.

Am Donnerstag, dem 29. Mai (Himmelfahrt), mittags ½2 Uhr, findet für den nördlichen Agitationsbezirk des Saalkreises in Könnern im „Schützenhaus" eine

Agitationskonferenz

statt.

Tagesordnung:

„Der Kampf ist vorüber — es lebe der Kampf!"

(Referent: Genosse Georg Petersdorff.)

An dieser Konferenz müssen alle Genossen des Nordbezirks teilnehmen, auch die Genossen von Alsleben, Gnölbzig und Nelben sind freundlichst eingeladen. **Der Unterbezirksvorstand.**

Ammendorf. Ergebnis der Elternbeiratswahlen. Die gestern hier stattgefundenen Elternbeiratswahlen hatten folgendes Ergebnis: Schule I: Von 1011 Wahlberechtigten wurden 190 Stimmzettel abgegeben, also noch nicht 20 Prozent. Davon erhielten: Liste der KPD. 84, Unpolitisch-Christliche 70, Liste Freier Aufbau (SPD.) 39 Stimmen. Die Stimmverteilung ist 7:7:3. Schule II: Von 1080 Wahlberechtigten gaben 503 ihren Stimmzettel ab, also nahezu 50 Prozent. Es erhielten KPD. 202, Unpolitische 204, Freier Aufbau 93 Stimmen. Stimmverteilung 7:8:3.

Aus der Arbeitersportbewegung.

„Fichte", Halle. Die Bühnenschau zugunsten der Opfer vom 1. Mai findet bestimmt am Freitag, dem 30. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Alle Mitwirkenden müssen um 7 Uhr in der Turnhalle sein. Die Sportler (Hammer- und Leuchtübungen) treffen sich am Mittwochabend 7 Uhr zur Probe in der Turnhalle.

Sportkartell Halle. Dienstag, den 27. Mai, abends 8½ Uhr, findet in der „Kette" eine Delegiertensitzung statt, zu der außer den Delegierten auch die Vereinsvorstände und technischen Leiter zu erscheinen haben.

Wetter-Voransage.

Dienstag: Wolkig, zeitweise heiter, mäßig warm, vereinzelt Regenschauer, im Osten und Südosten Deutschlands trocken.

Mittwoch: Vorwiegend trocken, teils heiter, teils wolkig, etwas wärmer.

Aus der Provinz.

An die Ortsvereine!

Sammellisten und Fragebogen einsenden!

Eine Anzahl Ortsvereine haben die Sammellisten zur Reichstagswahl noch nicht eingesandt. Wir ersuchen dringend, das umgehend nachzuholen und alle Listen, gleichviel wieweit sie gezeichnet sind, zu verrechnen. Die Wahlkosten sind bei weitem noch nicht gedeckt, wir erwarten deshalb von den Ortsvereinen, daß sie die Sammelgelder einsenden, damit die Bezirkskeitung ihre Verpflichtungen erfüllen kann.

Gleichzeitig ersuchen wir um Einsendung der ausgefüllten Fragebogen über die neue Zusammensetzung der Gemeindevertretungen usw. Die Auskünfte über die gestellten Fragen sind sehr wichtig, sie müssen uns deshalb schnellstens übermittelt werden.

Die Bezirksleitung der VSPD. Halle.

Halle—Bitterfeld—Greppin—Piesteritz.

Gestörte Zeitungszustellung.

Die Sonnabendnummer des „Volksblattes" ist infolge Fehlleitung eines Zeitungsballens für einige Orte an obiger Bahnlinie, wie Brehna, Rotisch, Piesteritz, Greppin und Wolfen, leider nicht zugestellt worden. Um die Zustellung wenigstens am gestrigen Sonntag zu ermöglichen, haben wir die Zeitungen nach Rückkunft aus Eisleben, wohin der Ballen durch ein Versehen geleitet war, Sonntag früh nach Bitterfeld gelandet und deshalb die Fahrboten der genannten Strecken telephonisch zur Weiterbeförderung bestellt. Leider haben sich die Boten nicht eingefunden und kann daher die Zeitungszustellung erst heute erfolgen. Ebenso treffen die Agitationsexemplare für genannte Orte erst heute ein.

Unsere Leser wollen das Versehen entschuldigen und die Genossen der genannten Orte die dadurch ausgefallene Agitation an einem der ersten Tage dieser Woche durchführen, damit auch in diesen Orten die zu erwartende Steigerung der Leserzahl trotz der fatalen Störung nicht ausbleibt.

USPD.-Gemeindevertreter.

Wählt Berichterstatter für das „Volksblatt"!

Der Gemeindewahlkampf hat aufs neue gezeigt, daß die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Presse eine der ersten Voraussetzungen, wenn nicht überhaupt die erste für den Erfolg der Partei ist. In vielen Orten hat es sich bitter gerächt, daß man es die ganzen fünf Jahre hindurch versäumte, dem „Volksblatt" Berichte über die Gemeindevertretersitzungen, Tätigkeitsberichte u. a. m. zu senden.

Ob unsere Genossen am 4. Mai gesiegt haben? In einzelnen Orten scheint das endlich der Fall zu sein. Dort hat man Berichterstatter aus der USP.-Gemeindevertreterfraktion gewählt. Diese haben nach der Sitzung den Bericht für das „Volksblatt" zu schreiben und sofort abzusenden. Sie sind gleichzeitig Mitarbeiter über alle Vorgänge am Orte. Wir hoffen, daß dieses in allen Orten unseres Verbreitungsgebietes geschieht. Damit wird auch das örtliche Interesse wesentlich erhöht und die Agitation für das „Volksblatt" erleichtert.

Knappschaftliches.

Die Arbeitgeber in den mitteldeutschen Knappschaften in geschlossener Front gegen die Arbeiterinteressen.

Die auf Grund des Reichsknappschaftsgesetzes vorgeschriebenen Bezirksvertreterversammlungen haben nunmehr in ganz Mitteldeutschland stattgefunden und gezeigt, daß die Arbeitgeber im mitteldeutschen Bergbau sich einig darin sind, alle geäußerten Wünsche der Versicherten bezüglich der Knappschaft ohne Prüfung auf ihre Durchführbarkeit abzulehnen. Sowohl in der Hallischen, Mansfelder, Hannoverschen und nunmehr auch in der Halberstädter Knappschaft wurden die Anträge der Versichertenvertreter auf Familienbeihilfe usw. rücksichtslos niedergestimmt. Obwohl die Vertreter der Versicherten eindringlich auf die unhaltbaren Zustände hinwiesen und den Entzug der Mehrleistungen als eine Gesetzwidrigkeit bezeichneten und sogar von Arbeitgebern es als wünschenswert bezeichnet wurde, den Zustand zu ändern, lehnten sie einstimmig die Wiedereinführung der zu Unrecht entzogenen Mehrleistungen ab.

Besser hat nie ein anderer den Herren die Maske lüften können, als sie es sich in den Bezirksvertreterversammlungen selbst besorgten. Seit dem Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes haben sie alle Minen springen lassen, um die Versicherten gegen das RVO. aufzubringen. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hat man den Versichertenvorgeführt, daß der Abbau der Mehrleistungen durch Inkrafttreten des RVO. nötig geworden sei. Es soll anerkannt werden, daß sie durch ihre systematische „Belehrungsmethode" einzelne Arbeiter und auch einige Knappschaftsälteste verwirrt gemacht haben, aber im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Versichertenvertreter nicht auf den Leim kochen, mit dem sie eingefangen werden sollten. Die Arbeiter kennen ihre Pappenheimer. Der gute Anschauungsunterricht, den die Versichertenvertreter in den einzelnen Bezirksvertreterversammlungen bekamen, hat auch den letzten von der Illusion frei gemacht, daß die Werksbesitzer für die Not und das Elend der bei ihnen beschäftigten Arbeiter noch etwas Verständnis haben. Einig waren sich die Herren in der Ablehnung der Wünsche **der Versichertenvertreter ohne Rücksicht auf deren Berechtigung.**

Bergarbeiter, lernt daraus! Seid auch Ihr einig bei der Verfolgung Eurer Interessen. Notwendiger als je ist der Zusammenschluß in einer Organisation, damit dem skandalösen Spiel mit Erfolg begegnet werden kann. Im Monat Juni werden bestimmt die Wahlen der Knappschaftsältesten stattfinden. Haltet Umschau in Euren Reihen und stellt nur tüchtige Verbandskameraden auf, die Eure Interessen vertreten.

Das Theater aufs Land.

Das Bedürfnis der kleinen Gemeinden, auch am kulturellen Leben teilzunehmen, wächst immer mehr. In der letzten Zeit entstanden, wie wir berichtet haben, an zahlreichen künstlerisch unversorgten Orten Mitteldeutschlands unter Leitung des Bezirkssekretärs der Freien Volksbühnen Organisationen, die Gastspiele auswärtiger Theater ermöglichen wollen. So gelang es z. B. jetzt wieder in Mücheln, eine sehr lebenskräftige Volksbühne zu schaffen. Auch in Delitzsch soll eine solche Theatergemeinde gegründet werden.

Diese Kulturbewegung ist sehr erfreulich, besonders wenn sie dahin führt, auch in den kleineren Orten wirkliche Kunst und feinen Kitsch in die breiten Volksmassen hineinzutragen. Wir hoffen, daß insbesondere die Arbeiterschaft sich an diesen Volksbühnenveranstaltungen beteiligt. Leider verlagen die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse es vielen, an den geistigen Gütern teilzunehmen, aber das Streben der Arbeiterschaft muß es dennoch bleiben: Die Kunst dem Volke!

Schkeuditz. Stadtverordnetensitzung. Am Donnerstag, dem 22. Mai, hielt die neugewählte Stadtverordnetenversammlung ihre erste Sitzung ab. Die Tribüne war von Zuhörern überfüllt, da die Wahl des Bureaus, besonders aber die des stellv. Vorstehers, lebhaft interessierte. Zunächst wurden die Stadtverordneten von dem Bürgermeister in Pflicht genommen. Zur Wahl des Vorstehers gab der „Ordnungsblock" durch den Stadtverordneten Wilhelm Schaefer bekannt, daß er auf Grund der Stärke der Fraktion den ersten Vorsteher beanspruche; er schlug den Rechtsanwalt Erwin Müller als 1. Vorsteher vor. Genosse Max Oelsner erwiderte, daß wohl dem Ordnungsblock mit 9 Vertretern nur 7 der USPD., und 3 der KPD. gegenüberstehen, der Ordnungsblock sei aber ein Gebilde, zusammengesetzt aus Parteigängern der äußersten Rechten bis zum Demokraten. Weil diesem Mischmasch von neun Vertretern zehn der Linken gegenüberstehen, schlage er den sich als Vorsteher aufspielenden Genossen Max Schulze vor. Daß Genosse Schulze sein Amt als Vorsteher vorzüglich geführt hat, wurde auch seitens der Bürgerlichen unumwunden anerkannt. Die dann vorgenommene Wahl ergab 10 Stimmen für den Genossen Schulze und 9 Stimmen für den Stahlhelmhauptmann Rechtsanwalt Müller. Genosse Schulze nahm die Wahl an. Als Vorsteherstellvertreter wurde mit neun Stimmen (10 Zettel waren unbeschrieben abgegeben worden) der Stadtverordnete Wilhelm Becker gewählt. Zum 2. Schriftführer wurde die Stadtverordnete Luise Beyer (Komm.) mit 10 Stimmen gewählt. Der erste Ansturm des Ordnungsblocks ist durch einmütiges Zusammenagen der Linken zum großen Verdruß aller Reaktionäre abgeschlagen worden. Hoffentlich zieht die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder am 2. Juni dasselbe Bild. Bei gleichem Vorgehen erhält die Linke den Beigeordneten und zwei Magistratsmitglieder, der „Ordnungsblock" nur zwei Magistratsmitglieder. Um die legendäreren Positionen, die seitens der USPD.-Mehrheit im alten Kollegium geschaffen worden sind, zu halten und Neues (z. B. Bau von Wohnungen, Ausbau der Volksschule, günstige Badegelegenheiten und einen Sportplatz) zu schaffen, ist das Zusammengehen der Linken unumwunden notwendig.

Sangerhausen. Politik und Geschäft. Die deutschnationale „Hallesche Zeitung" rächt sich an den Demokraten mit einer wüsten Schimpfkanonade dafür, daß diese vom sog. „Deutschen Tag" in Halle kräftig abgerückt sind. Unter anderem schreibt sie: „Geschäft ist alles und die Politik ist bei Ullstein, wie bei den Demokraten überhaupt, die Dirne, die zu Geschäftszwecken ausgenutzt wird." Hat die Hallesche Zeitung bei ihrer Behauptung vielleicht auch an den Verleger der „Sangerhäuser Zeitung", den Demokraten Scheider, gedacht? Hat sie in manchem Falle etwa gar recht? Denn warum sand man in der „Sangerhäuser Zeitung" nur Lobhudelei auf den „deutschen Tag", aber nichts von demokratischem Urteil über ihn? Warum vertritt überhaupt die „Sangerhäuser Zeitung" im allgemeinen eine Auffassung, die weit rechts von demokratischer Ueberzeugung zu suchen ist? Ist Herr Schneider kein Demokrat mehr? Oder sind ihm seine Zeitungen nicht Mittel zur Verbreitung seiner Ueberzeugung? Wird in ihnen etwa gar die Politik gemacht, die das meiste einbringt?

Sangerhausen. Die Frauengruppe des Ortsvereins der USPD. veranstaltet am Sonntag, dem 1. Juni, ein geselliges Zusammensein mit Tanz. Wenn diese Veranstaltung auch keine Parteiarbeit darstellt, so ist es doch unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen von Zeit zu Zeit auch einmal unter Parteiarbeit im geselligen Zirkel zusammen kommen. Kommt alle und bringt Freunde ab.

Kelbra. Mißstände. Unser kleines Kyffhäuserstädtchen besitzt außerhalb des Weichbildes der Stadt keine städtische Anlagen, eine sogenannte Promenade und eine dem Rittergutsbesitzer Herrn Herrmann gehörige parkähnliche Anlage, den sogenannten Ratsberg. Beide Stätten boten früher dem hiesigen sowie auswärtigen Publikum einen angenehmen Aufenthalt. Waren doch, um dem

Die Liebe genügt.

Ein Roman aus Irland. Von Alexander Irvine.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Englischen von

20] Hermynia zur Mühlen.

„Sie können sich aber die Knochen wärmen, und das ist mehr, als wir zu tun vermögen."

Die letzten Torfstücke wurden abermals zusammengekratzt. Nun waren es ihrer bereits ganz wenige und es begann bitter kalt zu werden.

Im Kamin gab es zwei große Löcher, in denen Jamie alte Pfeifen, Pfeifenputzer und Ueberreste von Tabak zu verwahren pflegte. Er versteckte sie dort, wenn wir gute Zeiten hatten und „fand" sie in bösen Tagen. Vor Stunden war der letzte Rauch aus seiner Pfeife gestiegen. Jamie durchsuchte ergebnislos beide Löcher. Dann kam ihm ein Gedanke, er tastete nach Boyles Pfeife. Vergeblich.

„Heiliger Moses!" rief er aus. „Hat der Mensch einen Atem, ein Maultier könnte davon betrunken werden!"

„Versuch es doch, Jamie", lachte Anna.

„Versuch es selber, du verstehst dich besser darauf", erwiderte er gereizt.

Ein heftiger Windstoß kam durch den Schornstein, blies die Asche in die Stube. Jamie verkroch sich in seine Ecke — ein Bild des Jammers.

„O Billy O'Hare schon im Bett ist?" seufzte Jamie.

„Wenn du Billys Tabak rauchst, mußt du nachher gereinigt werden, Jamie."

„Ich würde Tabak rauchen, der aus den Taschen eines Höllenteufels zusammengekratzt ist", murrte er.

Jamie erhob sich, nahm sein Halstuch und schickte sich an, den Kaminfeger aufzusuchen. Da er die Tür erreichte, kam ihm abermals ein Gedanke, und er kehrte zurück. Er zog des Torkmannes Mantel und Fellmütze an. Anna meinte: „Das ist fast einem Mord von Sonntagen das erste Vernünftige, was ich dich tun sehe."

„Wielleicht vermöchtest du es nicht einmal in einem Monat von Ostersonntagen zu sehen", erwiderte er, den Kopf zurückwerfend.

Anna scherzte weiter, sie erhellte die Situation mit Humor und lachte wie ein junges Mädchen; obgleich sie ebenso hungrig war und ebenso unter der Armut litt wie wir, war ihr Lachen doch echt und natürlich.

Jamie hielt die leere Pfeife im Mund, hob gewohnheitsmäßig ein Stückchen glühenden Torfs auf, um sie zu entzünden. Wir begannen alle zu lachen.

„Teufel!" brummte er und strebte von neuem der Tür zu. Bevor er sie erreicht hatte, ward sie von außen geöffnet und meine Schwester trat ein. Mc Gukin war nicht daheim gewesen, seine Frau hatte kein Geld. Wir lasen ihr die ganze schmerzliche Geschichte vom Gesicht ab. Ihre Augen waren rot und verschwollen. Noch ehe sie ihre kläglich Erzählung begann, erblickte sie den Vater in Boyles Kleidern und fing zu lachen an. So herzlich und übermütig lachte sie, daß wir alle davon angesteckt wurden. Das Leid und die Sorgen hatten ihre Wurzeln zutiefst eingegraben. Gelächter lag auf der Oberfläche, konnte leicht hervorgerufen werden. Es war eine Art Sicherheitsventil, verhinderte das Ueberströmen anderer Gefühle. Bisweilen war unser Kummer zu schwer für Tränen, doch hat es nie eine Zeit gegeben, da wir nicht zu lachen vermochten.

Die Bewohner unserer Stadt, die vornehm genug waren, um Gäste zu empfangen, besaßen einen Türklopfer. Der Türklopfer war gleichsam die gesellschaftliche Grenzlinie. Wir lebten auf ihrer anderen Seite. Der Pastor und die Traktätchenverteiler waren die einzigen, die an unserer Türe anklopften.

Unser Gelächter hallte noch in der Stube wider, da öffnete sich abermals die Tür, und der Wind fegte Billy O'Hare herein. Ein eisiger Zug durchlief uns fröstelnd, und wir krochen noch näher an das verglimmende, armselige kleine Feuer heran; es glühte kaum mehr.

„Bei den sieben Kreuzen von Arbow, Jamie, mein Junge", sagte Billy. „Ich bin froh, dich wach zu finden, hätte dich sonst am Mond aus dem Bett gezerrt."

„Und ich wollte eben zu dir gehen, um dich herauszuzerren."

Der Kaminfeger trat vor, klopfte Jamie mit dem Finger auf die Stirn und bemerkte: „Zwei große Geister, die an denselben Gedanken arbeiten, müßten wundervolle Ergebnisse zeitigen. Leihe mir ein wenig Tabak, Jamie."

„Du scherzest, Billy."

„Hol mich der Teufel, wenn ich scherze, meine Zunge hängt mir am Gaumen."

Wir lachten von neuem, während die beiden Männer einander stumm betrachteten.

„Ihr könntet ebenso gut sitzend wie stehend überlegen", meinte Anna.

Nun wurde die Geschichte des Torkmannes mit den kleinsten Details erzählt. Der Kaminfeger kratzte seinen verrußten Kopf und machte ein weises Gesicht.

„Ausgegangen", rief Anna leise, und wir blickten alle nach dem Feuer. Es war erloschen, kein einziger Funke glühte mehr. Wir fröstelten.

„Wir brauchen wirklich nicht so viele Hocker", sagte Jamie. „Ich werde meine Axt holen, und dann wird es gleich wieder ein Feuer geben."

„Es ist eine unchristliche Tat, zu erfrieren, wenn ein Torfmann dabei ist", behauptete Billy.

„Jedesmal, wenn wir nicht mehr weiter konnten, kam Gott uns zu Hilfe," erklärte Anna, sich fester in den kleinen Schal hüllend.

„Bei uns zu Hause gibt es bloß leere Schüsseln und leere Pfeifen," berichtete der Kaminfeger. „Doch besitzen wir noch eine ein Dutzend Torfstücke."

„Es kann sich ja alles wieder wenden, leihe uns deinen Torf," bat Jamie.

„Wartet bloß ein paar Augenblicke und ich wärme euch das Haus, die heilige Jungfrau möge mich im nächsten Kamin, den ich fege, ersticken lassen, wenn ich es nicht tue," rief Billy.

Wenige Minuten später kehrte er mit sechs großen Torfstücken zurück. Das Feuer wurde entfacht und wir wärmten uns an der schönen weißen Glut. Der Torfmann schnarchte munter weiter. Billy erkundigte sich, wieviel Geld er in der Tasche habe. Dann ward er besorgt, ob der Mann auch wirklich benommen liege. Jedes seiner Worte bedeutete einen geheimen Angriff auf Boyles Kleingeld.

Anna ahnte, was er vorhabe, und versuchte ihn abzulenken.

„Wissen Sie, Billy," fragte sie, „daß ein Betrunkener sofort nüchtern wird, wenn man ihn auf den Kopf stellt."

„Das habe ich nie gehört."

„Man behauptet," meinte sie lächelnd, „er entleere sich dann aller Dinge, die er in sich habe."

„Das kann schon sein", seufzte der Kaminfeger. „Wollen wir es mit Boyle versuchen."

Der Vorschlag deuchte aufregend, und wir Kinder hofften, er möchte ausgeführt werden. Billy erhob sich, um sein Vorhaben zu verwirklichen. Anna jedoch schob ihn sanft zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0006

bedürfnis Rechnung zu tragen, eine Anzahl Bänke aufgestellt. Infolge der durch den Krieg eingetretenen Verwilderung der Jugend sind die meisten Bänke mutwilligerweise zerstört worden. Eine Neuanschaffung unterbleibt, weil man befürchtet, daß die Bänke dasselbe Schicksal teilen würden wie die früheren. Das darf aber den hiesigen Magistrat nicht veranlassen, diesen unwürdigen Zustand auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Der Polizeistuhl allein genügt allerdings nicht, sondern die Anlagen müssen im Schutze des gesunden Publikums unterstellt werden. In den Jugendorganisationen muß darauf hingewirkt werden, daß künftighin Zerstörungen, welche meist die Folge von Unvernunft und Uebermut sind, unterbleiben. Rücksichten sind, wenn ein Täter ersichtlich wird, nicht am Platze. Wir vertrauen darauf, daß ein Versuch, erst mit wenigen Bänken, unter allseitiger Mithilfe des Publikums nicht scheitern wird.

Delitzsch. Volksbühne. Am Dienstag, dem 27. Mai, 8½ Uhr abends, soll im Gasthaus „Zur Linde" zur Gründung einer Ortsgruppe des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine geschritten werden. Gerade in Delitzsch macht sich des Vorwärtsdrangs, da die Theaterverhältnisse nach dem Eingehen der Volksbühne des Gewerkschaftskartells geradezu trostlos sind. Die Truppe des Direktors Hepner hat auf ihrem Programm nur noch als leichtestes Operettenschlager. Kitsch wie „Dolly", „Mädi" usw. werden dauernd geboten, aber gute dramatische Arbeiten gehen nicht über die Bretter. Wird einmal von seiten der Direktion eine Aenderung versucht, so ist die Ausnahl die denkbar unglücklichste. Da aber das Theater große Bildungs- und Kulturwerte in sich trägt, ist hier Aenderung unbedingt am Platze. Wie sich durch den Verband der Volksbühnen dazu die Möglichkeit bietet, wird Genosse Schwahn in der Versammlung in seinem Referat klarlegen. Alle, die ein Interesse an dieser Frage haben, sind zur Versammlung eingeladen.

Jessen. Wiesenverpachtung. Die Durchstichwiesen 1 bis 60 und die Nieberschen Wiesen werden am Dienstag, dem 27. Mai, von vorm. 10 Uhr an, und die Durchstichwiesen 61 bis 182 und die Hegerparzellen 1 und 3 bis 5 am Freitag, dem 30. Mai, von vorm. 10 Uhr an im Durchstich öffentlich meistbietend verpachtet.

Kleinwittenberg. Gemeindevorsteher- und Schöffenwahl. Die neue Gemeindevertretung trat erstmalig am Dienstagabend zusammen und nahm die Wahl der Schöffen vor. Es waren 11 Vertreter — einer fehlte — sowie zwei Schöffen und der Gemeindevorsteher anwesend, also insgesamt 14 Stimmberechtigte. Von diesen entfielen bei der Wahl der Hauptschöffen auf H. Schaper (KPD.) 9 Stimmen, auf H. Moritz (VSPD.) 5 Stimmen. Als Stellvertreter gelten dem Stimmenverhältnis entsprechend als gewählt von der KPD. Radotzki, Schlosser und Bräse; von der VSPD. Nuthe und Pfing.

Jüterbog. Die städtische Badeanstalt ist seit Sonnabend wieder geöffnet. Die Badezeit wird festgesetzt wie folgt: a) für Personen weiblichen Geschlechts: Montag nachm. von 3 bis 6 Uhr, Freitag nachm. von 3 bis 6 Uhr, Dienstag nachm. von 6 bis 9 Uhr, Donnerstag nachm. von 6 bis 9 Uhr, Sonnabend von 6 bis 9 Uhr ist das Baden frei; b) für Personen männlichen Geschlechts: Dienstag nachm. von 3 bis 6 Uhr, Donnerstag nachm. von 3 bis 6 Uhr, Montag nachm. von 6 bis 9 Uhr, Freitag nachm. von 6 bis 9 Uhr, Mittwoch nachm. von 3 bis 9 Uhr und Sonntags von 6 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. Familienbad. Die Badepreise sind in der Badeanstalt und im Rathause ausgehängt.

Prettin. Leichenlandung. Der bei Hirschmühle aus dem Wasser gezogene Tote wurde als der Handelsvertreter Paul Ebert aus Zwickau, geboren zu Dippoldiswalde, festgestellt. Er ist 49 Jahre alt.

Liebenwerda. Die Arbeitslage im Kreise. Die im letzten Wochenbericht ausgesprochenen Befürchtungen, daß infolge der Massenentlassungen einiger Werke wieder eine Belastung des Kreis-Arbeitsmarktes eintritt, haben sich inzwischen leider bestätigt. Kapitalmangel sowie Absatzmangel haben zu weiteren Entlassungen und in einem Falle auch zur Wiedereinführung von Kurzarbeit geführt. Die Folge davon ist eine weitere Erhöhung der Arbeitsuchendenzahlen. In der Landwirtschaft blieb die Nachfrage nach gutem Personal weiter rege. Der Forstwirtschaft und dem Gärtnereigewerbe konnten vereinzelt noch Arbeitskräfte zugeführt werden. Im Bergbau blieb die Arbeitsmarktlage im allgemeinen unverändert. Bei der Lage des Arbeitsmarktes der Industrie der Steine und Erden ist infolge Geldknappheit, verbunden mit Auftragsmangel, ein gewisser Stillstand eingetreten. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie wies in der Berichtswoche nicht unwesentliche Schwankungen auf. Einige Facharbeiter konnten zwar vermittelt werden, andererseits wurden jedoch von den mittleren und kleineren Betrieben vereinzelt schon Entlassungen vorgenommen. Verhältnismäßig gut beschäftigt ist noch das Bekleidungsgewerbe. Das Baugewerbe ist im großen und ganzen ebenfalls noch befriedigend beschäftigt. In der weiblichen Abteilung hat sich die Arbeitsmarktlage für ungelernte Arbeiterinnen ebenfalls gegenüber den Vorwochen verschlechtert. Von insgesamt 740 vorgemerkten männlichen Arbeitskräften erhielten in der Berichtswoche 371, von 84 weiblichen Arbeitsuchenden erhielten 14 Vollerwerbslosenunterstützung.

Liebenwerda. Der Konsumverein für Liebenwerda und Umgegend hält am Sonnabend, dem 31. Mai, abends 8 Uhr, bei Freygang (Sachses Restaurant) seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Halbjahresbericht; 2. Neuwahl für den Vorstand und Aufsichtsrat; 3. Ausschluß von Mitgliedern; 4. Verschiedenes.

Liebenwerda. Selbstmord beging der Oberpostschaffner Robert Görlich, im Grünen Gang wohnhaft. Er hatte sich eines sittlichen Vergehens schuldig gemacht, dessentwegen Strafantrag beim Staatsanwalt erfolgt war. Die Sorge vor den für ihn daraus entstehenden Folgen war der Grund, daß er sich erhängte.

Bockwitz. Beeren- und Pilzsammler! Der Gemeindevorstand macht bekannt, daß Anträge auf Erlaubnisscheine zum Sammeln von Beeren und Pilzen im staatlichen Forstrevier Grünhaus von Montag, den 26., bis Sonnabend, den 31. Mai, mittags 12 Uhr, im Gemeindeamt zu stellen sind. Der Preis für den Beerenzettel ist festgesetzt: a) für Kinder von 6 bis 14 Jahren, Personen über 60 Jahren, Rentenempfänger, Kriegsbeschädigte, die nicht voll erwerbsfähig sind, Ortsarme und sonstige sehr bedürftige Personen auf 2 Mk., bei für alle anderen Personen auf 5 Mk. Die Zettel sind gleich bei Stellung des Antrages zu bezahlen. Nachträgliche Gesuche auf Ausstellung eines Beerenzettels können nicht mehr berücksichtigt werden.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 26. Mai 1924.

Gemeindevertreterkonferenz der USPD.

für den Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Sonntag, den 1. Juni, vormittags 10 Uhr, tagt im „Volkshaus" zu Eisleben eine

Gemeindevertreterkonferenz.

Tagesordnung: Welche Aufgaben haben wir in der Gemeinde zu erfüllen. (Referent Landrat Genosse Guske (Merseburg).

An dieser Konferenz nehmen teil sämtliche zur USPD. gehörenden Gemeindevertreter, Schöffen, Amts- und Gemeindevorsteher, Kreisausschußmitglieder und Kreistagsabgeordnete, Bürgermeister, Magistratsmitglieder sowie die Stadtverordneten. Vollzähliches Erscheinen ist Pflicht! **Die Unterbezirksleitung.**

Die Tuberkulosefürsorge im Jahre 1923.

Die im Jahre 1918 errichtete, dem Wohlfahrtsamt angegliederte und unter der ärztlichen Leitung des Stadtarztes Dr. Drescher stehende Tuberkulosenfürsorgestelle hat auch im Jahre 1923 eine reiche Tätigkeit, wie die nachstehenden Ausführungen zeigen, entfaltet.

Die „sterbende Partei" mit rosigen Wangen!

Unterbezirkskonferenz Merseburg-Querfurt.

Es war nicht der Moderduft einer begrabenen Partei, der die geistige Konferenz des Unterbezirks Halle-Merseburg der VSPD. durchwehte. Es war frischer, ungebeugter Kampfesgeist, gewillt, die in den Wahlkämpfen gewonnenen Erfahrungen aufs beste auszunutzen. Schon aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Genossen Wenscheck klang zuversichtliches Vertrauen auf einen neuen Aufstieg der Partei heraus. Das, worunter unsere Partei gelitten hat, besteht kaum noch. Die Inflationsperiode, die auch an unseren Parteifinanzen genagt und die Verbindung mit den Genossen im Lande gelockert hat, liegt hinter uns. Der Terror der Kommunisten, die jeden, der sich zur VSPD. bekannte, anpöbelten, hat auch nachgelassen, nachdem auch die Kommunisten auf dem platten Lande so gut wie keine Organisation mehr besitzen. Jetzt schauen die Arbeiter, soweit sie nicht von den Faschisten aufgefangen wurden, wieder erwartungsvoll auf uns und besinnen sich auch darauf, sich wieder politisch in der VSPD. zu organisieren. Im Unterbezirk Merseburg, wo bis vor wenigen Monaten vereinzelte organisatorisch von der VSPD. zusammengefaßte Ortsgruppen bestanden — es haben zuletzt nur noch 11 Ortsgruppen abgerechnet — sind vor und nach der Wahl verschiedene neue dazugekommen. Auf der geistigen Konferenz waren bereits wieder 21 Ortsgruppen mit 38 Delegierten vertreten, einige bestehende Ortsgruppen waren unvertreten.

Der Bericht vom Wahlkampf, den der erst während der Wahlagitation eingesetzte Unterbezirkssekretär Genosse Paul Kämpf gab, war ebenfalls in vieler Hinsicht interessant. Ihm ist es gelungen, über den ganzen Bezirk ein Verbindungsnetz zu spannen und in Fühlung mit jetzigen und früheren Anhängern unserer Partei zu treten. Auch Neulinge konnte mit gutem Glück beackert werden, selbst im Kreis Querfurt, wo noch minimals eine Verbindung mit unserer Partei bestanden hat. Hohe Anerkennung gebührt für diesen Erfolg besonders einigen Genossen in Braunsdorf. Aus einer statistischen Aufstellung, die der Konferenz gedruckt vorlag, geht hervor, daß die VSPD. gegenüber der KPD. im Unterbezirk Merseburg-Querfurt geradezu glänzend abgeschnitten hat. Im Landkreis Merseburg z. B. sind die 3358 Stimmen, die die USPD. gegenüber der Landtagswahl 1921 verloren hat, restlos von der VSPD. aufgefangen worden, ja unsere Partei hat darüber hinaus noch Stimmen gegenüber der Landtagswahl gewonnen; sie wartet mit einem Plus von 4107 Stimmen auf, wohingegen die Kommunisten ein Minus von 2040 Stimmen verzeichnen. Das Resultat für den Stadt- und Landkreis Merseburg zusammen ist ähnlich: Die VSPD. hat auch hier die 4217 von der USPD. verlorenen Stimmen restlos aufgefangen, indem sie einen Gesamtgewinn von 4298 Stimmen buchen kann, und die KPD. hat 1546 Stimmen verloren. Im Kreis Querfurt sind die 621 von der USPD. verlorenen Stimmen nicht ganz unserer Partei zugute gekommen, da sie hier nur 415 Stimmen mehr als bei der Landtagswahl aufweist, aber auch der KPD. sind die restlichen Stimmen der USPD. nicht zugeflossen, denn auch hier hat die KPD. nicht weniger **als** 2451 Stimmen eingebüßt. Da die verlorenen 3997 Stimmen der **KPD. keiner** Linkspartei zugute gekommen sind, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie zum größten Teil der Deutschvölkischen Partei zugefallen sind. Das beweist wieder einmal die Qualität der Anhänger der KPD., die von einem Extrem ins andere fallen, die zwischen links und rechts hin und her pendeln. Genosse Kämpf konnte ja auch als Beispiel einen ihm bekannten früheren Kommunisten aus Mücheln anführen, der vor einigen Jahren nicht genug Blut sehen konnte, heute aber eine führende Rolle bei den Deutschvölkischen in Mücheln spielt. Die Kommunisten haben eben bisher immer nur gezeigt, daß sie die Arbeiterbewegung zerschlagen, aber keine bessere aufbauen können.

Aus dem Bericht des Genossen Kämpf ging weiter hervor, daß während des Wahlkampfes 90 Versammlungen im Unterbezirk abgehalten wurden, in denen 28 Genossen referierten. (In Wirklichkeit sind mehr Versammlungen abgehalten worden, da einige davon direkt durch das Bezirkssekretariat in Halle einberufen wurden. D. Red.) Außerdem wurde noch ein großer Teil gegnerischer Versammlungen mit Diskussionsrednern unserer Partei beschickt. Der Besuch unserer Wahlversammlungen war bis auf wenige Ausnahmen sehr gut, ein Teil derselben war überfüllt. Hervorzuheben ist noch, daß von allen angesetzten Versammlungen nicht eine einzige ausgefallen oder ohne Redner geblieben ist. Das ganze Wahlprogramm des Unterbezirks ist planmäßig abgelaufen. Außer der mündlichen Agitation in den Versammlungen wurden noch 7 Flugblätter in einer Gesamtauflage von 301 000 Stück, dazu drei Wahlzeitungen in einer Gesamtauflage von 27 375 Stück verbreitet.

Die Kassenverhältnisse sind infolge der Wahlunkosten nicht günstig, da einer Ausgabe von 1636,38 Mk. nur 1377,55 Mk. an Einnahmen gegenüberstehen, so daß ein Fehlbetrag von 258,83 Mark zu decken ist. Da wir jeden Tag vor neue Aufgaben, die mit Geldkosten verknüpft sind (Volksentscheid, Landtagswahl usw.), gestellt werden können, darf die Opferwilligkeit der Parteigenossen nicht erlahmen. (Beifall.)

In der Diskussion über den Bericht des Genossen Kämpf bemerkte Genosse Oelsner (Schkeuditz), daß das Ergebnis der Reichstagswahl für die VSPD. noch besser gewesen wäre, wenn nicht vor der Wahl der Richtungsstreit in der Partei zum Gaudium unserer Gegner vor aller Oeffentlichkeit ausgetragen worden wäre. Das dürfe in Zukunft nicht mehr geschehen, sondern Meinungsverschiedenheiten in der Partei müßten in den Mitgliederversammlungen erledigt werden.

Ueber „Unsere nächsten Aufgaben im Unterbezirk" referierte ebenfalls Genosse Kämpf. Die verlorengegangenen Ortsgruppen müssen sämtlich wiederaufgebaut werden. Die Zahlen, die Genosse Kämpf anführt, bewiesen, daß die VSPD. in vielen Orten, wo keine Ortsvereine der VSPD. bestehen, bedeutend mehr Stimmen aufgebracht hat als die KPD. Hier müsse die Initiative ergriffen werden, und die Funktionäre müßten alles daransetzen, daß wenigstens in diesen Orten Ortsvereine gebildet werden.

Anschließend an dieses kurze Referat gab Genosse Guske, angeregt durch viele an ihn gerichtete schriftliche Anfragen, eine Aufklärung über die Wahlberechtigung bei der Wahl der Gemeindevorsteher und der Schöffen. Nach der alten Landgemeindeordnung, die noch besteht, dürfen sich an der Wahl beteiligen die augenblicklich im Amt sich befindlichen Gemeindevertreter und die beiden Schöffen, nicht aber der Ersatzschöffe. Etwas anderes sei nach dem Gesetz nicht zulässig, und deshalb seien auch die Vorwürfe, die hin und wieder gegen den preußischen Innenminister Severing, der einen entsprechenden Erlaß herausgegeben hat, erhoben wurden, ungerechtfertigt. Genosse Guske wandte sich dann dagegen, daß man mit den Kommunisten in den Gemeindevertretungen Kompromisse schließe. Dies sei bei der Abhängigkeit der Kommunisten von den Parteiparolen grundsätzlich zu vermeiden. Aber auch auf bürgerliche Krücken dürfe man sich nicht stützen. Es komme zwar viel auf die örtlichen Verhältnisse an, aber der Grundsatz bleibe bestehen. Die Politik in den Gemeinden dürfe nur nach sozialdemokratischen Gesichtspunkten gemacht werden. Eine Gemeindevertreterkonferenz im Unterbezirk sei notwendig, um diese Fragen eingehend zu besprechen.

Der Vorsitzende des Unterbezirks, Genosse Wenscheck, stellte eine solche Konferenz in Aussicht. Erwünscht sei aber erst die Wahl der Gemeindevorstände und dann die Ablieferung der ausgegebenen Fragebogen, die die in den Gemeinden gewählten Genossen melden sollen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Krüger sprach dann über „Die Politik des neuen Reichstags". Sicher vorauszusehen sei diese nicht. Jedenfalls hat die sozialdemokratische Fraktion praktische Arbeit zu leisten. Wir dürfen uns dabei nicht von den Kommunisten stören lassen durch deren Geschrei über „Verrat", denn die Kommunisten machen übelste Rechnungen, wenn wir 100 Prozent verlangen, dann verlangen die Kommunisten mindestens 150, nur um uns voraus zu sein. Auch die Koalitionspolitik sei nach wie vor eine Frage der Zweckmäßigkeit und nicht des Prinzips. Vorläufig werde diese Frage wohl kaum für unsere Fraktion akut werden, denn die Deutschnationalen, deren Machthunger größer sei als ihre Grundsätze, werden Erfüllungspolitik treiben, nur um die Regierung in die Hand zu bekommen. Mancher, der die Koalitionspolitik verurteilt habe, werde ernüchtert werden, wenn die Deutschnationalen das Ruder in die Hand bekommen. Die Opposition, die wir treiben, muß eine gesunde sein, keine Opposition der Phrase und des Kraxelcens, wie sie die Kommunisten belieben. Besondere Aufgaben, die der Reichstag in der nächsten Zeit erfüllen muß, sind die Schaffung eines Reichswohlfahrtsgesetzes, das der Zersplitterung in dem Fürsorgewesen ein Ende bereite, ferner ein Lehrlingsrecht, sowie eine Umwandlung der Steuergesetze. Andere Fragen sind die Erledigung des Garantieabkommens auf Grund der Sachverständigengutachten usw. Der von unserer Partei beantragte Volksentscheid wird zugleich eine klare Scheidung zwischen Republikanern und Nichtrepublikanern bringen. An alle diese Fragen müsse mit einem gewissen Optimismus herangetreten werden, denn wenn man von vornherein an dem Erreichen des Ziels verzweifle, dann sei es besser, man lege die Hände in den Schoß und tue gar nichts. Auch in der Rolle der Opposition, die wir einnehmen werden, müssen wir zeigen, daß wir gewillt sind, zu arbeiten im Sinne des Sozialismus. (Beifall.)

Eine Diskussion über das Referat des Genossen **Krüger wurde** von den Delegierten nicht gewünscht.

Es wurde nun zur Wahl des Unterbezirksvorstandes geschritten. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Wenscheck, 2. Vorsitzender Albin Undentsch, 1. Kassierer P. Kämpf, 2. Kassierer Fran Krüger, Schriftführer Hennig und Herwig, Beisitzer Richard Krüger, Guske, Fiedler, Reuther, Rinne und Klese, Pressekommission Hirschfeld. — In den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Vertreter die Agitationsbezirke Schkeuditz, Rattmannsdorf, Lützen, Penna, Kayna, Laucha, Braunsdorf, Mücheln.

Beschlossen wurde ferner, den Genossen Paul Kämpf, der zunächst nur für die Wahlagitation als Sekretär bestellt war, für den Unterbezirk fest anzustellen.

Beim Punkt „Presse" brachte Genosse Herzig (Halle) für den Verlag Wünsche in bezug auf eine größere Verbreitung des „Volksblatt" auch im Unterbezirk Merseburg-Querfurt vor. Genosse Wielepp (Halle) bat im Namen der Redaktion um die Mitarbeit der führenden Genossen in den einzelnen Orten, um das Blatt im Interesse der Leser auch mit wichtigen Nachrichten aus den kleineren Orten zu versehen.

Unter „Parteiangelegenheiten" wurde die Beitragsfrage eingehend besprochen. In Anbetracht der Notwendigkeit, die zur Erfüllung der in Aussicht genommenen Aufgaben durchzuführen, erklärte sich die Konferenz mit der vom Bezirksvorstand vorgeschlagenen Erhöhung des wöchentlichen Beitrags auf 20 Pf. für männliche Mitglieder einverstanden.

Genosse Hübler (Schkeuditz) streifte kurz die Jugendbewegung und bat um Unterstützung derselben durch die älteren Genossen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei, in das die Delegierten begeistert einstimmten, wurde die Konferenz geschlossen. Nun gilt es, in der Kleinarbeit die sichtbaren Ansätze zu einem neuen Aufschwung der Partei auszunutzen. Zeigen wir, daß die von unseren Gegnern bereits „zu Grabe getragene" VSPD. pralle, rote Wangen hat!

Aus dem Jahre 1922 sind 438 Fälle übernommen. Der Zugang im Jahre 1923 betrug 50 Personen, und zwar: 13 Männer, 19 Frauen und 18 Kinder, so daß im Berichtsjahr im ganzen 488 Personen in Beobachtung der Tuberkulosefürsorgestelle standen. Die Zahl verteilt sich wie folgt: 110 Männer, 171 Frauen und 165 Kinder. Auf 100 Einwohner entfallen rechnerisch 1,95 Personen. Ausgeschieden aus der Fürsorge sind: durch Wegzug 15, durch Tod 30, durch Heilung 13, aus Gründen persönlicher Natur keiner, zusammen 58 Personen, so daß in das Jahr 1924 430 Fälle übernommen worden sind.

Finanzielle Schwierigkeiten verhinderten es leider, Kranke wie in früheren Jahren städtischerseits in Heilstätten unterzubringen. Auch die Landesversicherungsanstalt, die Angestelltenversicherung sowie sonstige Pensionskassen mußten infolge der Schwere der Zeit ebenfalls die Fürsorge auf diesem Gebiet einstellen. Mehrere Kinder konnten aber auf Stadtkosten in Solbadern und auf dem Lande untergebracht werden. In 5 Fällen mußte Krankenhausaufnahme erfolgen. Ferner wurden im Knappschaftskrankenhause hier 25 in Beobachtung der Tuberkulosefürsorgestelle stehende Kinder sechs Wochen lang in Sole gebadet und mit Mittagessen, Milchkakao und Brötchen gespeist. Die Gewichtszunahme der Kinder war eine erfreuliche, sie bewegte sich zwischen 1½ bis 3 Pfund. Außerdem wurden in besonderen Fällen zusammen 2600 Liter Vollmilch kostenfrei an bedürftige Kranke abgegeben, die Ausgabe geschah nur auf ärztliche Verordnung. Von dem von der Auslandshilfe gespendeten Lebertran sind im Berichtsjahre 165 Liter kostenlos verausgabt. Krankenkost erhielten sechs Personen.

Der Arbeitsfreudigkeit der Tuberkulosefürsorgeschwester Anna Grätedimkel ist es zu verdanken, daß zum Weihnachtsfeste 234 Familien mit Lebensmitteln und Kleidung aus privaten Spenden erfreut werden konnten. Zur Verteilung kamen 478½ Pfund Mehl, 61 Pfund Reis, 28 Pfund Grieß, 122½ Pfund Zucker, Honigkuchen, Hemden, Unterhosen, Strümpfe usw.

Die eingerichteten Sprechstunden im hiesigen städtischen Krankenhause haben sich auch im Berichtsjahre wieder gut bewährt. In 83 Stunden konnten 108 Männer, 204 Frauen und 496 Kinder beraten werden. Nachwachen wurden ebenfalls von der Fürsorgeschwester gestellt. In 45 Fällen sind Beistellen mit Inventar leihweise verausgabt; Spucknäpfchen wurden in mehreren Fällen ausgeliehen.

Infolge der im Berichtsjahre vor sich gegangenen Geldentwertung muß von Angaben über die Ausgaben der Fürsorgestelle Abstand genommen werden. Einige Krankenkassen der Stadt sowie die Landesversicherungsanstalt in Merseburg gewährten Beihilfen.

*** Der Bericht von der Stadtverordnetensitzung** mußte wegen Raummangel zurückgestellt werden und wird erst in der nächsten Nummer erscheinen.

Helfta. Der Stahlhelm im Sack. Seit der unglücklichen Krieg für uns verlorengegangen ist, stößt die nationale Herrlichkeit auf vielerlei Hindernisse. Wilhelm sitzt in Holland, Ludendorff-Lindström fällt in die Gosse und das sonst mit Stolz getragene Zeichen der Heldenhaftigkeit der Stahlhelm, muß sich im Sack verkriechen. Ein Eisleber Stahlhelmjüngling, von Beruf Bürstenbinder, hatte sich eine ländliche Schöne zu seiner Lebensgefährtin auserkoren. Am Donnerstag fand die Hochzeit dieses Paares statt. Ein eigenartiger Zug bewegte sich durch die Straßen des Orts. Ein Stück vor demselben pisperten ein halbes Dutzend Stahlhelmer aus Eisleben der Kirche zu. Angetan mit Waffenrock, umgeschnallt, den unvermeidlichen Klempnerladen auf der Brust und einen riesigen Sack mit merkwürdigem Inhalt auf dem Rücken tragend. In der Kirche angekommen, wurde der Sack ausgeschüttet. Klappernd und polternd entfielen ihm sechs Stahlhelme. Schnell wurden diese auf den Kopf gestülpt, Spalier gebildet, und eingedenk der Tellgiene: „Durch diese „hohle" Gasse muß er kommen", wurde der Hochzeitszug empfangen. Nachdem der Pastor dem Paare seinen Segen erteilt und die Gesellschaft die Gasse nochmals passiert hatte, wurden die Stahlhelme schnell wieder im Sack verstaut und stolz erhobenen Hauptes ab des vollbrachten Heldenstückes Fürsitz man dem Brauthaus zu, um sich an den reichlich vorhandenen Getränken zu stärken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0007

Neue Verhandlungen im Ruhrstreit.

Das salomonische Urteil der Gutachter.

Eine unmögliche Rechtsauffassung weltfremder Juristen.

Vom Bergarbeiterverband wird uns u. a. geschrieben: Das Rechtsgutachten im Ruhrstreit geht, wie sich aus der jetzt vorliegenden schriftlichen Begründung ergibt, formalrechtlich und inhaltlich von falschen Voraussetzungen aus und kommt folglich auch zu falschen Schlüssen. Zunächst stellt es richtig fest, **„daß in dem Abkommen vom 29. November 1923 nicht die normale Arbeitszeit geändert, sondern nur die Ueberarbeit geregelt werden sollte“.** Damit wird anerkannt, daß die im Manteltarif vom 1. August 1922 festgelegte grundsätzliche Regelung der Schichtzeit durch diese Regelung der Ueberarbeit nicht berührt wurde. Aus der auch von Arbeitnehmerseite anerkannten Notlage der deutschen Wirtschaft und der Entgeltsregelung für die geleistete Ueberarbeit, sowie aus der am 19. Dezember 1923 festgelegten Kündigungsfrist folgerte das Rechtsgutachten dann aber, daß das Abkommen **„ein selbständiger tariflicher Zusatz zum Manteltarif geworden ist, der nicht nur vorübergehende Bedeutung haben sollte“.** Auf Grund dieser ebenso gewagten wie falschen Schlußfolgerung kommt das Rechtsgutachten zu folgendem Ergebnis: **„Bildet aber hiernach das Abkommen vom 29. November 1923 einen selbständigen tariflichen Zusatz zum Manteltarif vom 1. August 1922, so ist der zuletzt gültig gewesene Tarifvertrag der Manteltarif mit jenem neuen selbständigen Zusatz, wonach eine Ueberstunde über die normale Arbeitszeit hinaus vereinbart wurde.“**

Die Juristen haben sich also offenbar weder den Manteltarif noch das Abkommen genau angesehen, sonst hätte ihnen nicht entgehen können, 1. daß das Abkommen vom 29. November 1923 weder Zusatz zum Manteltarif noch auch nur als solcher gedacht ist, sondern lediglich eine vorübergehende Notmaßnahme darstellt, die den Manteltarif an sich nicht einmal berührt, geschweige denn ändert; 2. daß in dem Abkommen für die Uebertagearbeiter vom 19. Dezember 1923 unter Ziffer 5 ausdrücklich gesagt wird: **„Das Abkommen tritt spätestens am 27. Dezember 1923 in Kraft und gilt, wie das Untertageabkommen, bis zum 1. Mai 1924. Beide Abkommen lauten jeweils um einen Monat weiter, wenn sie nicht am Ersten eines Monats zum Monatsschluß gekündigt werden.“**

Die Kündigung des Abkommens ist ordnungsgemäß zum 30. April erfolgt, so daß am 1. Mai 1924 die normale Arbeitszeit eintrat, wie sie der Manteltarif vorsieht. Auch das Rechtsgutachten stellt fest, **„daß in dem Abkommen vom 29. November 1923 nicht die normale Arbeitszeit geändert, sondern die Ueberarbeit geregelt werden sollte.“** Diese Ueberarbeit war ordnungsmäßig gekündigt und abgelaufen, und nun trat wieder die normale, nicht geänderte Arbeitszeit in Kraft, wie sie im Manteltarif vorgesehen ist. Dem Rechtsgutachten fehlt mithin nicht nur jede Rechtsgrundlage, sondern es stellt lediglich alle natürlichen Rechtsbegriffe auf den Kopf und schließt sich einseitig der Rechtsauffassung der Bergherren an.

Der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Zentrumsabgeordneter Heinrich Imbusch, hat die Rechtslage vor Vertrauensleuten des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. Mai in Essen formalrechtlich und materiell u. a. wie folgt festgestellt:

„Das Ueberarbeitsabkommen gilt nicht mehr. Es ist am 30 April abgelaufen. Der Manteltarif gilt nicht mehr. Er ist auch am 30 April auf Grund der Kündigung abgelaufen. Es wäre jetzt noch die bis dahin nicht gekündigte, aber jetzt auch in drei Monaten gekündigte Arbeitsordnung. Der § 6 der Arbeitsordnung sagt: „Die Dauer der Arbeitszeit regelt sich nach den jeweils geltenden, in Ermangelung eines solchen nach dem zuletzt gültig gewesenen Tarifvertrag.“ Wir sind der Ansicht, als letzter Vertrag kann nur der Manteltarif, der die Siebenstundenschicht unter Tage und die achtstündige Arbeitszeit über Tage vorsieht, in Frage kommen. Die Vertreter des Zechenverbandes behaupten, sie ständen auf dem Boden des Rechtszustandes, der durch den Spruch, durch die Verbindlichkeitserklärung des Arbeitsministers geschaffen sei. Ich habe nachgewiesen, daß die Verbindlichkeitserklärung nichtig ist, weil sie in einer Weise zustande kam, die ungesetzlich ist. Der Spruch von Hamm gilt nicht, und ich stelle heute ausdrücklich fest, daß das Arbeitsministerium in den letzten acht Tagen nicht gewagt hat zu sagen, der Spruch von Hamm sei rechtsgültig.“

•

Diese Rechtsauffassung Imbuschs ist klar und eindeutig. Sie deckt sich durchaus mit der unsrigen. Das salomonische Urteil der Sachverständigen bringt uns in dem Entscheid über den Bergarbeiterkampf keinen Schritt vorwärts und ist nur ein erneuter Beweis dafür, daß man Juristen nur heranziehen darf, wenn man ein Problem (um das es sich nach unserer Auffassung nicht einmal handelt, weil eine klare Sachlage besteht) noch kompliziert gestalten, aber nicht gelöst haben will. Mit diesem juristischen Entscheid ist für die Beilegung des Konflikts im Bergbau rein gar nichts gewonnen. Eher ist das Gegenteil zu befürchten, da die Unternehmer sich durch diese nichtssagende Entscheidung noch in ihrer Auffassung gestärkt fühlen. Viel wichtiger für die weitere Entwicklung des Kampfes als dieses juristische „Gutachten“ sind die Verhandlungen, die heute vormittag im Reichsarbeitsministerium stattfinden. Ein Antrag der Unternehmer auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs liegt noch nicht vor. Ob eine Verbindlichkeitserklärung erfolgt, hängt von dem Verlauf der heutigen Verhandlungen, d. h. von Zugeständnissen der Unternehmer ab. Begreift man auch auf der Unternehmerseite den großen Ernst der Situation, anstatt auf einem ebenso kurzsichtigen wie brutalen Machtstandpunkt zu verharren, dann muß es möglich sein, zu einer Regelung zu kommen, die auch für die Arbeiter annehmbar ist.

•

Erneutes Eingreifen des Reichsarbeitsministers.

Bemühungen der preußischen Regierung zur Beilegung des Konflikts.

Berlin, 25. Mai. (WTB.) **Da auf der Grundlage des Schiedsspruches vom 16. Mai eine Einigung der Parteien nicht zustande gekommen ist, hat sich der Reichsarbeitsminister angesichts der Bedeutung des Streitfalles für das ganze deutsche Wirtschaftsleben nach Fühlungnahme mit den Parteien entschlossen, von der ihm für einen derartigen Ausnahmefall gegebenen gesetzlichen Befugnis Gebrauch zu machen und nochmals ein Schlichtungsverfahren einzuleiten. Er hat zum Schlichter den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Syrup bestellt. Die Schlichtungsverhandlungen finden heute, Montag, vormittag im Reichsarbeitsministerium statt.**

•

Die für Sonnabend angesetzte Sitzung der preußischen Staatsregierung, die sich mit dem Bergarbeiterkampf befassen sollte, ist auf Montag verschoben worden. In der Zwischenzeit werden der preußische Handelsminister Genosse Siering und der preußische Innenminister Genosse Severing mit Zustimmung des Kabinetts auf die Reichsregierung einzuwirken versuchen, daß von dieser Schritte unternommen werden, damit endlich etwas Entscheidendes zur Beilegung des großen Wirtschaftskonflikts getan wird. Diese Bemühungen haben nunmehr einen teilweisen Erfolg gehabt. Der preußische Innenminister hat sich übrigens bereits mehrfach bemüht, die streitenden Parteien zusammenzubringen. Denn eine rasche Beilegung des Bergarbeiterkampfes liegt nicht zuletzt auch im Interesse des preußischen Staates.

Recklinghausen, 24. Mai. (WTB.) Die Meldung, wonach auf den staatlichen Möllerschächten die Notstandsarbeiten eingestellt seien und die unteren Sohlen bereits unter Wasser stehen, trifft nicht zu.

Wie die Zechenbarone provozieren.

Bochum, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die dem Unternehmertum nahestehende bürgerliche Presse des Ruhrgebietes berichtet zu den gescheiterten Verhandlungen in Essen, daß man in Unternehmerkreisen die Ueberzeugung habe, daß **die Bergarbeiter durch den großen Hunger in die Betriebe gezwungen werden würden. Wahrscheinlich um die Hilfe des Hungers noch gründlicher zu machen, haben einzelne Schachtanlagen durch Anschlag bekanntgegeben, daß die den Bergarbeitern zustehenden Restlöhne, die vorschriftsmäßig schon am 22. bis 23. Mai zur Auszahlung gelangen sollten, erst am 27. Mai verabfolgt werden. Die Erregung der Arbeiter über diesen neuesten Streich des Zechenverbandes ist ungeheuerlich.** Vor der Zeche Dahlbusch in Rottshausen, wo die Bergarbeiter, um sich ihren Lohn abzuholen, umsonst erschienen sind, finden **große Ansammlungen von Arbeitern** statt. Die Polizei vermag die Ruhe nur mit größter Anstrengung aufrechtzuerhalten. **In kommunistischen Flugblättern werden die Bergarbeiter zum Antreten mit Hackenstiel und Hacke aufgefordert.** Wenn, wie vermutet wird, sämtliche Schachtanlagen die Restlöhne zurückerhalten, sind größte Unruhen mit Bestimmtheit zu erwarten.

Bochum, 24. Mai. (TU.) In den Abendstunden belagerten etwa 500 Personen die Zeche „Konstantin“. Als das Ueberfallkommando der Bochumer Polizei heranrückte, wurde es mit Steinwürfen empfangen. Die Polizei gab einige Schreckschüsse ab, worauf die Menge auseinanderfloh. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Denkt an

die im schwersten Arbeitszeitkampf seit drei Wochen stehenden Bergarbeiter. Sie bedürfen nicht blos eurer Sympathie, sondern vor allem auch eurer finanziellen Unterstützung, soll verhindert werden, daß die Kohlenbarone die Bergsklaven durch Hunger zur Unterwerfung zwingen. Deshalb zeichnet auf den im Auftrag des ADGB. herausgegebenen Sammellisten für

die ausgesperrten Bergarbeiter

Hilfe durch die französischen Bergarbeiter.

Amsterdam, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Tagung des Ausführenden Ausschusses der Bergarbeiter-Internationale erklärten sich die französischen Delegierten bereit, **die deutschen Bergarbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen.** Die französische Hilfe soll in erster Linie finanzieller Art sein. Die französischen Bergarbeiter hätten den dringenden Wunsch, daß der Kampf der Ruhrbergarbeiter ein rein gewerkschaftlicher sei und von keinerlei politischen Tendenzen getragen werde. Falls das französische Unternehmertum versuchen werde, die Arbeitszeit zu verlängern, so würden die französischen Bergarbeiter wahrscheinlich mit einem Generalstreik antworten. Im übrigen sei durch die letzten Kammerwahlen die Lage der französischen Bergarbeiter verbessert worden, und zwar durch den Umstand, daß zwei **sichere** Bergarbeitervertreter in die Kammer gewählt wurden. **Die französischen Bergarbeiter werden sich dafür einsetzen, eine Aenderung der Friedensvertragsbestimmungen hinsichtlich der Reparationskohlenlieferungen zu bewirken.**

Die Situation im sächsischen Bergbau.

Dresden, 25. Mai. (WTB.) Die Blättermeldung, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts im sächsischen Steinkohlenbergbau nicht stattgefunden haben, wird von zuständiger Seite bestätigt. Beide Parteien sind für Dienstag nach Berlin berufen worden. Die Streikbewegung in Sachsen nimmt weiter einen geordneten Verlauf. Versuche der Kommunisten, die Arbeiterschaft zu Massenkundgebungen aufzurufen, sind fehlgeschlagen. Einzelne Betriebe haben wegen Kohlenmangels Feierschichten eingelegt.

Arbeitsaufnahme in der anhaltischen Metallindustrie.

Am Donnerstag, dem 22. Mai, fand in der anhaltischen Metallindustrie die Urabstimmung über den Einigungsvorschlag des RAM. vom 13. und das Verbandlungsergebnis vom 20. Mai statt. Die Abstimmung, die vollständig unbeeinflußt vor sich ging, ergab, daß sich 73 Prozent der Abstimmenden für Ablehnung erklärten. Eine am Sonnabend, dem 24. Mai, in Halle stattgefundene Konferenz des DMV. für die Anhalter Verwaltungen nahm zu dem Abstimmungsergebnis und der sich daraus ergebenden Situation Stellung. Es wurde dabei festgestellt, daß in einigen Orten für Ablehnung hauptsächlich deswegen gestimmt wurde, weil einige Firmen zu erkennen gegeben hatten. **Maßregelungen** vorzunehmen. Wenn auch im allgemeinen über die Lohnhöhe Unzufriedenheit besteht, sowie wegen der ungenügenden Zugeständnisse in einigen anderen Fragen, so rechneten auch diejenigen, die wegen der beabsichtigten Maßregelung für Ablehnung stimmten, damit, daß die Verhandlungen für den Monat Juni weitere Verbesserungen mit sich bringen, zumal die Metallindustriellen bei den Verhandlungen des öfteren zum Ausdruck brachten, daß dafür Sorge getragen werden solle, daß sich die in Frage kommende Schlichtungsinstanz mit den Spezialfragen eingehender als wie bisher beschäftigen müsse. **Da mit den Metallindustriellen vereinbart worden ist, daß keine Maßregelungen Platz greifen dürfen,** und ferner die nach dem Statut notwendige Streikmehrheit nicht ganz erreicht wurde, beschloß die Konferenz, **die Arbeit wiederaufzunehmen,** nachdem zuvor eine Verständigung zwischen dem Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller und der Bezirksleitung des DMV. herbeigeführt wurde, dahingehend, daß im Laufe des Montagvormittag die Betriebsräte mit den Betriebsleitungen die technischen Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag treffen sollten. Ferner wurden sich beide Organisationen einig, sofort einzugreifen in den Orten und Betrieben, wo Firmen die Vornahme von Maßregelungen beabsichtigen und dadurch eine reibungslose Arbeitsaufnahme nicht möglich ist.

Mit der Beilegung des Lohnkampfes in Anhalt erledigt sich auch die Bewegung für das hallische und Magdeburger Tarifgebiet. Da Lohnerhöhung ab 20. April eingetreten ist, so haben die Metallarbeiter eine Nachzahlung zu beanspruchen. Wie hoch dieselbe ist, ist aus den Lohntafeln zu ersehen, die bei den Verwaltungen des DMV. für die Mitglieder zu erhalten sind.

In diesem Jahre standen bereits zum zweiten Male große Teile der mitteldeutschen Metallarbeiter im Kampfe. Beide Male mußten die gefällten Schiedssprüche revidiert werden. Das sollte eine Mahnung sein an die Instanz, die durch Schiedsspruch zu entscheiden hatte. Es wäre sehr leicht möglich gewesen, bei einigem sozialen Verständnis den Wirtschaftsfrieden zu erhalten. Diese Kämpfe sollten der Schlichtungsinstanz sowie den Metallindustriellen zu denken geben. Die Metallarbeiter führten die Kämpfe unter den denkbar schlechtesten Bedingungen. Trotz der Wirtschaftskrise nahmen sie den Kampf auf. Die Kämpfenden, Januar die Magdeburger, und im April und Mai die Anhaltiner, haben sich gut geschlagen. Große Teile der Anhalter Metallarbeiter standen zum ersten Male im Kampf. Mancher, der diese Kollegen nicht näher kannte, hatte Befürchtungen. Aber das gute Organisationsverhältnis und die jahrelange gute gewerkschaftliche Erziehungsarbeit hat sich bei diesem Kampfe glänzend bewährt. Einmütig wurde die Arbeit eingestellt in dem Bewußtsein, für eine gute Sache zu kämpfen. In musterhaftiger Ordnung und Disziplin wurde der Kampf geführt, und wie die Urabstimmung gezeigt hat, war auch die übergroße Mehrheit der anhaltischen Kollegen entschlossen, trotz des bereits vierwöchigen Kampfes weiterzukämpfen. Die Metallarbeiter, die für Annahme gestimmt haben, haben es nur aus Zweckmäßigkeitsgründen getan, so daß auch bei einer weiteren Fortführung des Kampfes vollständiger Verlaß auf die gesamte Kollegenschaft war.

Die Haltung dieser Kollegen sollte allen anderen, die es angeht, zu denken geben. Sie sollten sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es nicht **höchste Zeit ist, sich wieder in den Reihen der organisierten Metallarbeiter zusammenzufinden,** damit jeder dazu beitrage zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Funktionäre und Betriebsräte des DMV. Die neue Lohntafel kann nunmehr gegen Vorzeigung eines Verbandsausweises vom Bureau abgeholt werden. Die Nachzahlung für die Zeit vom 20. April bis 17. Mai soll möglichst bis Mittwoch, spätestens aber bis Freitag dieser Woche erfolgen. — Mit der Lohntafel sind zugleich **Sammellisten für die streikenden Bergarbeiter in Empfang** zu nehmen. — (Schon „in Empfang genommen“ worden? D. Red.)

Irreführende Meldungen über einen Straßenbahnerstreik.

In verschiedenen hallischen Tageszeitungen ist die Nachricht von einem Straßenbahnerstreik verbreitet worden. Zu diesem Streik beschluß wird eine Mitteilung des Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden veröffentlicht. Dazu haben wir folgendes zu erklären: Es ist richtig, daß das Fahrpersonal der Straßenbahn fast einmütig den Streik beschlossen hat, und zwar weil es sich nicht gefallen lassen konnte, eine Arbeitszeit von neun Stunden und 36 Minuten zu leisten und dafür nur einen Lohn von 9 Stunden zu erhalten. Die Behauptung, daß das Personal Tarifbruch begehen würde, ist falsch. Richtig ist, daß in dem abgeschlossenen Manteltarif festgelegt ist, daß Pausen als Arbeitszeit außer Ansatz gebracht werden können, nicht gesagt ist aber, daß Pausen künstlich herausgewirtschaftet werden und lediglich nur auf dem Papier stehen, während sie niemals vorhanden sind. Im übrigen muß jeder vernünftig denkende Mensch auch bei noch so schwerem Begriffsvermögen sich erklären können, daß Pausen von 2 bis höchstens 4 Minuten überhaupt keine Pausen darstellen, zumal wenn während diesen Pausen noch tatsächlich Arbeit geleistet werden muß, z. B. Rangieren, Umkoppeln der Anhänger, Umhängen der Türen, Abschreiben und dergleichen mehr. Daß für diese Arbeiten die Pausen kaum ausreichen, zeigt sich tagtäglich.

Da der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband sowie sein „fachverständiger Berater“ mit allen Mitteln der Demagogie versuchten, diese Pausen als Arbeitszeit außer Ansatz zu bringen, obwohl die Bezirksschiedsstelle in der Vorberatung eine andere Auffassung vertreten hatte, sah sich das Personal gezwungen, durch das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel seine ihm zustehenden Rechte zu sichern. Wenn es noch in letzter Stunde zu einer Verständigung gekommen ist, so ist das nicht auf das Konto der Arbeitgeber zu buchen, sondern auf die immer wieder erneut aufgenommenen Verständigungsverhandlungen der Arbeitnehmer.

Deutscher Verkehrsbund, Verwaltung Halle.

Auch eine Gehaltserhöhung.

Die neue „Gehaltserhöhung“ für die Beamten hat insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen außerordentliche Entrüstung hervorgerufen. Infolgedessen sind die Spitzenorganisationen sofort erneut beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden. Sie haben indessen nur die am Freitag abgelehnte frühere Auszahlung der erhöhten Beträge erreicht. Das Reichsfinanzministerium hat zugestanden, daß durch Bekanntmachung im Reichsbesoldungsblatt die Auszahlung der Junigehälter bereits am Mittwoch, dem 28. Mai, veranlaßt werden wird.

Auf Anregung des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben die drei Eisenbahnerverbände das Reichsverkehrsministerium aufgefordert, beschleunigte Verhandlungen über die Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner herbeizuführen.

Neuer Tarif für das Buchdruckgewerbe.

Nach zehntägigen Verhandlungen brachten die in Berlin zusammengetretenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Buchdruckgewerbes am Sonntagnachmittag einen neuen Manteltarif in freier Vereinbarung zustande. Der neue Tarif bringt für die Gehilfenschaft eine Reihe wesentlicher Verbesserungen. Die feinerzeit durch einen Spruch des Arbeitsministeriums weit ausgedehnte Staffelung der Löhne wurde bedeutend eingeschränkt. Die Zuschläge für Ueberstunden erhöht, der Aufschlag für Maschinensetzer von 7½ auf 15 Prozent erhöht. Die Anträge der Prinzipale auf Verschlechterung der Ferienbestimmungen und der Lehrlingsskala konnten abgewehrt werden. Der Manteltarif läuft bis zum 31. Januar 1925.

Das Arbeitszeitabkommen, das am 31. Mai abläuft, ist zwar verlängert worden, hat aber Verbesserungen zugunsten der Gehilfen erfahren, indem z. B. die Stunden über die 48stündige Arbeitszeit, die grundsätzlich beibehalten ist, vom 1. Juni an mit einem Aufschlag von 12 Prozent bezahlt werden müssen.

Ein neues Lohnabkommen brachte die Erhöhung des Spitzenlohnes um 2,10 Mk. wöchentlich. Danach beträgt der Wochenlohn in Berlin und Leipzig mit dem höchsten Lokalzuschlag vom 1. Juni an 33.60 Mk., in Halle mit 20 Prozent Lokalzuschlag 31.92 Mk. Das Lohnabkommen sieht eine dreiwöchige Kündigungsfrist vor und ist erstmalig kündbar am 1. August 1924.

Am Freitag, dem 30. Mai, findet im „Volkspark“ eine Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker statt, wo über die näheren Einzelheiten noch berichtet wird.

An die in den Kommunalverwaltungen tätigen Genossen!

Ab 1. Juli 1924 gibt der Parteivorstand unter dem Titel

„Die Gemeinde“

eine 14tägig erscheinende Zeitschrift für alle sozialdemokratischen Vertreter in Gemeinden, Städten, Kreis- und Provinziallandtagen heraus. Diese Zeitschrift

ist ein unentbehrliches Rüstzeug

für alle Kommunalpolitiker und muß von allen in den Kommunalverwaltungen tätigen Sozialdemokraten gelesen werden. Die Gemeindevertreter, Schöffen, Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher, Stadtverordneten, Magistratsmitglieder sowie Kreistags- und Provinziallandtagsabgeordneten dürfen nicht versäumen, die Zeitschrift sofort zu abonnieren, damit sie sich über die wichtigsten Fragen der Kommunalpolitik fortlaufend orientieren können.

Den Vertretern in den ländlichen Gemeinden ist der Bezug besonders zu empfehlen, da in der Zeitschrift in erster Linie solche Fragen der Kommunalpolitik behandelt werden, die für die kleineren Gemeinden von Interesse sind. Der Preis des Einzelheftes beträgt 60 Pf.

Wir ersuchen alle sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden usw., sofort die Bestellungen für die Zeitschrift bei uns aufzugeben, damit schon die erste Nummer pünktlich zugestellt werden kann.

Die Bezirksleitung der SSPD. Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192405261-19/fragment/page=0008